## MATHIAS BEER

## IM SPANNUNGSFELD VON POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Das Großforschungsprojekt "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa"

I.

"Wir haben in den zehn Jahren, die die Arbeit nun gedauert hat, manchen Ärger gerade mit Stellen und Organisationen gehabt, von denen wir eigentlich etwas anderes erwartet hätten. Aber es scheint für viele schwer zu sein, den politischen Sinn und die politische Wirkung strenger Wissenschaftlichkeit gerade bei einem derartigen mit Emotionen belasteten Ereignis zu begreifen. Vielleicht urteilen spätere Generationen darüber gerechter."¹ Dieses zugleich von Enttäuschung und Zuversicht geprägte Fazit zog Theodor Schieder, der Leiter des wohl frühesten und größten zeitgeschichtlichen Forschungsvorhabens in den Anfangsjahren der Bundesrepublik – der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa"² –, kurz vor dem offiziellen Abschluß des Projekts.

Daß es sich bei der "Dokumentation" um ein Großforschungsprojekt handelte, steht außer Zweifel. Zehn Jahre (1951–1961) nahm es in Anspruch, und das ist der kürzeste Zeitraum, den es anzusetzen gilt. Bezieht man die politische und wissen-

VfZ 46 (1998)
© Oldenbourg 1998

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertzijahesherte für
Zeitgeschichte

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA Koblenz), N 1213: 76, Theodor Schieder an Gräfin Marion Dönhoff, Redaktion "Die Zeit", 27. 10. 1961.

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit Werner Conze [ab Bd. III], Adolf Diestelkamp [bis Bd. II], Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, bearbeitet von Theodor Schieder. Hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1953–1962, Neudruck München 1984. Bd. I, 1–2: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Bonn 1953. Bd. I, 3: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944–1955, Bonn 1960. Bd. II: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, Bonn 1956. Bd. III: Das Schicksal der Deutschen in Rumänien, Bonn 1957. Bd. IV, 1–2: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Bonn 1957. Bd. V: Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien, Bonn 1961. 1. Beiheft: Ein Tagebuch aus Pommern 1945–1946. Aufzeichnungen von Käthe von Normann, Bonn 1955. 2. Beiheft: Ein Tagebuch aus Prag 1945–1946. Aufzeichnungen von Margarete Schell, Bonn 1957. 3. Beiheft: Ein Bericht aus Ostund Westpreußen. Aufzeichnungen von Hans Graf von Lehndorff, Bonn 1960. Ortsregister, Bonn o. J. [1962].

Mathias Beer

346

schaftliche Tradition, der das Vorhaben lange Zeit verpflichtet war, die Vorarbeiten sowie die langfristigen Aus- und die Nachwirkungen des Projektes mit ein, so wird eine Kontinuität sichtbar, die vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart reicht<sup>3</sup>. Auch die enge Verbindung des Vorhabens zum Bereich der Politik der frühen Bundesrepublik und die dafür aufgebrachten Mittel lassen es berechtigt erscheinen, von einem Großforschungsprojekt zu sprechen. Die Dokumentation der Vertreibung verdankt ihre Entstehung politischer Initiative. Sie war, wie eine Reihe anderer vergleichbarer Dokumentationen<sup>4</sup>, während der gesamten Laufzeit beim Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte angesiedelt<sup>5</sup>. Aus dessen Etat wurden die sich auf mindestens dreieinhalb Millionen DM belaufenden Kosten bereitgestellt<sup>6</sup>, und dieses Ministerium erscheint als Herausgeber der einzelnen Bände der Reihe. Mit der ministeriellen Anbindung des Projektes sowie der ihm beigemessenen politischen Bedeutung hängt es zusammen, daß es im Laufe der Jahre neben dem federführenden Ministerium mehrere Bundesministerien, das Bundeskanzleramt, den Bundestag sowie einzelne Bundestags- und Bundesratsausschüsse beschäftigte.

Doch nicht nur die zeitliche Dimension, der politische Stellenwert des Vorhabens und der finanzielle Aufwand erlauben es, von einem Großforschungsprojekt zu sprechen. Das Renommee und die Zahl der beteiligten Wissenschaftler untermauern diese Feststellung. Der für das Projekt verantwortlichen Wissenschaftlichen Kommission

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertellahesherte für
Zeitgeschichte

Jahrgang 46 (1998), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998\_3.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Zu den Aus- und Nachwirkungen des Projektes gehören der 1974 vom Bundesarchiv im Auftrag der Bundesregierung erstellte und aufgrund politischer Bedenken erst 1989 veröffentlichte Bericht: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1989, und Verbrechen an Deutschen. Die Opfer im Osten, hrsg. von Wilfried Ahrens, Sauerlach/Arget 1975, sowie die gegenwärtige Diskussion im Zusammenhang mit einem deutsch-polnischen Forschungsvorhaben zum Komplex der Vertreibung. Vgl. dazu: Vertreibung und Stasiakten. Deutsche und polnische Historiker suchen in den Archiven, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 5. 1997, S. 7 (Hans Lemberg, Marburg, bin ich für die weiterführenden Hinweise zu diesem Forschungsvorhaben dankbar). Zu erwähnen ist noch ein jüngst erschienener Pressebeitrag von Herbert Ammon, Stiefkind der Zunft. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung hat sich für das Thema Vertreibung wenig interessiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 9. 1997, S. 10. Dort heißt es u. a.: "In Wirklichkeit will man nicht wahrhaben, daß ein angeblich abgeschlossenes Kapitel der Zeitgeschichte – die Vertreibung – historisch nachwirkt und auch politisch noch keineswegs beendet ist."

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Nur zwei im Zusammenhang mit der Dokumentation der Vertreibung stehende Publikationen sollen hier genannt werden: Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, hrsg. von Eugen Lemberg und Friedrich Edding, 3 Bde., Kiel 1959, und die 22 Bände: Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von Erich Maschke, München 1962–1974.

Der vorliegende Aufsatz ist im Rahmen meiner Forschungen zu der Studie "Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Integration, Politik und Verwaltung in den beiden ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik" entstanden. Sie soll als Habilitationsschrift an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen eingereicht werden.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Dabei handelt es sich um die Summe der j\u00e4hrlich mit der Wissenschaftlichen Kommission abgeschlossenen Werkvertr\u00e4ge, der Zahlungen an die mit dem Sammeln der Zeitzeugenberichte beauftragten "Sammler" sowie der Druckkosten.

gehörten neben dem stellvertretenden Direktor des Bundesarchivs und Initiator der Sonderabteilung "Archivsammlung der Vertriebenen beim Bundesarchiv", dem Archivar Adolf Diestelkamp (1900–1955)<sup>7</sup>, den die Fragen des deutschen Ostens und die wissenschaftlichen Institutionen der Zwischen- und Kriegszeit nachhaltig geprägt hatten, und dem auf dem Gebiet des Nationalitäten- und des Minderheitenrechts sowie der Theorie der Nation ausgewiesenen Hamburger Völkerrechtler Rudolf Laun (1882–1975)<sup>8</sup>, der nach dem Ersten Weltkrieg als Mitglied der österreichischen Delegation an den Verhandlungen in St. Germain teilgenommen hatte, vier namhafte Historiker an: Peter Rassow, Hans Rothfels, Werner Conze (ab 1956) und Theodor Schieder. Sie hatten nicht nur maßgeblichen Einfluß auf die Entstehung der Dokumentation der Vertreibung, sondern auch auf die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945 insgesamt<sup>9</sup>, inhaltlich, methodisch, institutionell, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie mehr verband als die gemeinsame Arbeit an der Dokumentation.

Peter Rassow (1889–1961) war der älteste im Kreise der mit der Dokumentation beschäftigten Historiker. Er lehrte zunächst in Breslau und von 1940 an in Köln und gehörte zu den wenigen, die sich aufgrund eigener Forschungen sowohl über mediävistische als auch neuzeitliche Themen zu äußern vermochten<sup>10</sup>. Rassow verlieh der "Edition geschichtlicher Quellen des 19. und 20. Jahrhunderts" im Rahmen der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften kräftige Impulse, und er stand mit Umsicht der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur über Jahre als Präsident vor. Den politischen Nutzen der Ge-



Adolf Diestelkamp begann seine Tätigkeit als Archivar 1924 am Staatsarchiv Magdeburg und wechselte 1933 nach Stettin, wo er als jüngster Staatsarchivdirektor in Preußen die Leitung des dortigen Staatsarchivs übernahm. Nach dem Krieg war er im Staatsarchiv Hannover tätig und in besonderem Maße um die Archive der abgetretenen Ostgebiete des Reiches bemüht. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates und leitete die Historische Kommission für Pommern. Bei der Gründung des Bundesarchivs machte er sich Hoffnungen darauf, an dessen Spitze berufen zu werden. Vgl. dazu Kurt Dülfer, Adolf Diestelkamp (1900–1955), in: Zeitschrift für Ostforschung 5 (1956), S. 538–542. Nachruf Adolf Diestelkamp, in: Der Archivar 8 (1955), S. 139–141.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Vgl. Dimitri S. Constantopoulos, Rudolf Laun. Leben und Werk, in: Ders./Hans Wehberg (Hrsg.), Gegenwartsprobleme des Internationalen Rechtes und der Rechtsphilosophie. Festschrift für Rudolf Laun zu seinem 70. Geburtstag, Hamburg 1953, S. 11-22.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Vgl. Imanuel Geiss, Die westdeutsche Geschichtswissenschaft seit 1945, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte 3 (1974), S. 417–455; Werner Conze, Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945, in: Historische Zeitschrift 225 (1977), S. 1–28; Hans-Ulrich Wehler, Die Lage der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik 1949–1979, in: Ders., Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung. Studien zu Aufgaben und Traditionen deutscher Geschichtswissenschaft, Göttingen 1980, S. 13–41; Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, hrsg. von Ernst Schulin unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 1989; Bernd Faulenbach, Die deutsche Historiographie und die Nachkriegsentwicklung in Deutschland, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 99–116.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Karl-Dietrich Erdmann, Gedenkrede für Peter Rassow, in: Historische Zeitschrift 195 (1962), S. 131-146.

schichte sah der dem Kreis des Widerstandes nahestehende Rassow darin, daß sie die Urteilskraft für die Gegenwart schärfte<sup>11</sup>.

Nicht nur darin unterschied sich der der gleichen Generation angehörende Hans Rothfels (1891-1976)12 von seinem Kölner Kollegen. Der Meinecke-Schüler entstammte einem jüdischen Elternhaus und trat mit 19 Jahren zum evangelischen Glauben über. Über Bismarcks Sozialpolitik und die Kriegsschuldfrage stieß Rothfels "zum Problem des deutschen Nationalstaates", den "Nationalitätenfragen des Ostens" und der Geschichte des Auslandsdeutschtums vor, für die er an der Grenzlanduniversität Königsberg, wohin er 1926 berufen worden war, ein fruchtbares Umfeld fand. In der Konvergenz von nationalem Bewußtsein und wissenschaftlicher Erkenntnis sah Rothfels, der Mitherausgeber der Historischen Zeitschrift und zugleich Mitglied der Historischen Kommission beim Reichsarchiv war, die Grundlage für historische Forschung, die eine Revision des Vertrages von Versailles mitbewirken sollte<sup>13</sup>. Auch seine dezidiert national-konservative Haltung schützte ihn aber nicht vor der nationalsozialistischen Rassenpolitik. 1934 wurde ihm die Lehrerlaubnis entzogen, 1939 gelang ihm und seiner Familie in letzter Minute die Ausreise zunächst nach England und dann in die USA, wo er erst an der Brown University in Providence und dann an der Chicago University lehrte. 1951 folgte Rothfels einem Ruf an die Universität Tübingen; er gehörte damit zu den wenigen emigrierten Historikern, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Deutschland zurückkehrten. Als Initiator und Herausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte einer derjenigen, denen das Institut für Zeitgeschichte in München wesentliche Impulse verdankt, sowie als Mitglied zahlreicher bedeutender wissenschaftlicher Gremien, nicht zuletzt als Vorsitzender des Historikerverbandes (1958–1962), wurde er zur Integrations- und Legitimationsfigur der deutschen Nachkriegshistoriographie<sup>14</sup>.

Ausdruck der Ausstrahlung Rothfels' war seine nachhaltige Wirkung auf eine ganze Reihe junger Historiker. Die beiden jüngsten Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission waren sicher die bedeutendsten Schüler seines sogenannten Königsber-

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Vgl. Winfried Schulze, Hans Rothfels und die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, in: Jansen/Niethammer/Weisbrod (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit, S. 83-98.



<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Vgl. Peter Rassow, Der Historiker und seine Gegenwart, München 1947; Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 65–76.

Vgl. Hans Mommsen, Geschichtsschreibung und Humanität. Zum Gedenken an Hans Rothfels, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Außsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 9–27; ders., Hans Rothfels, in: Deutsche Historiker, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Bd. 9, Göttingen 1982, S. 127–147; Klemens von Klemperer, Hans Rothfels (1891–1976), in: Hartmut Lehmann/James van Horn Melton (Hrsg.), Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s, Cambridge 1994, S. 119–135.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Vgl. dazu die aufschlußreiche Arbeit von Karl Olaf Petters, Hans Rothfels. Ein Historiker zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Egelsbach 1994. Vgl. auch Wolfgang Neugebauer, Hans Rothfels (1891–1976) in seiner Zeit, in: Dietrich Rauschning/Donata Nerée (Hrsg.), Die Albertus-Universität zu Königsberg und ihre Professoren. Aus Anlaß der Gründung der Albertus-Universität vor 450 Jahren, Berlin 1995, S. 245–256.

ger Kreises<sup>15</sup>, die den Lehrer in mancher Hinsicht beerbt haben. Für Werner Conze (1910–1986)<sup>16</sup> war die Begegnung mit Rothfels ein Schlüsselerlebnis. Sie hielt ihn davon ab, sein Studium abzubrechen, und Rothfels wies ihm zugleich die sein historisches Werk und Wirken bestimmende Richtung<sup>17</sup>. Nation und Nationalitätenfragen gerade in Ost-Mitteleuropa waren wie bei seinem Lehrer Schwerpunkte seiner Forschungen. Mit dem von der Volksgeschichte<sup>18</sup> der dreißiger und vierziger Jahre in der Nachkriegszeit zur Struktur- und Sozialgeschichte mutierten Forschungsansatz leitete Conze einen fundamentalen Paradigmenwechsel für die neuere Geschichte ein und trug entscheidend zum Aufstieg der Sozialgeschichte in der deutschen Geschichtswissenschaft bei<sup>19</sup>. Auch Conze wirkte in zahlreichen Ausschüssen, Kommissionen und Arbeitskreisen mit, er war (Mit-)Herausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte und bekleidete von 1972 bis 1976 das Amt des Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands.

Theodor Schieder (1908–1984)<sup>20</sup>, der Leiter der Wissenschaftlichen Kommission, die die Dokumentation der Vertreibung erarbeitete, gehörte der gleichen Generation wie Conze an. Auch ihm wurde im Königsberg der dreißiger Jahre "ein Denken in nationalpolitischen Kategorien"<sup>21</sup> vermittelt, das für ihn, der sich in Königsberg bei Kurt von Raumer habilitierte und 1942 dorthin einen Ruf erhielt, wegweisend war. Wie bei seinem Vorbild Rothfels bildeten Nation, Nationalstaat und Nationalität zentrale Themen seines historischen Werkes<sup>22</sup>. Seinem Freund Conze gleich, erhielt



Vgl. dazu Ingo Haar, "Revisionistische" Historiker und Jugendbewegung: Das Königsberger Beispiel, in: Peter Schöttler (Hrsg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a. M. 1997, S. 52-103.

Vgl. Wolfgang Schieder, Sozialgeschichte zwischen Soziologie und Geschichte. Das wissenschaftliche Lebenswerk Werner Conzes, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 244-266; Reinhart Koselleck, Werner Conze – Tradition und Innovation, in: Historische Zeitschrift 245 (1987), S. 529-543; Wolfgang Zorn, Nachruf auf Werner Conze, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 73 (1986), S. 153-157; Irmline Veit-Brause, Werner Conze (1910-1986): The Measure of History and the Historian's Measures, in: Klemperer/Horn Melton (Hrsg.), Paths of Continuity, S. 299-343.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> BA Koblenz, N 1213: 1, Conze an Rothfels, 2. 5. 1951. Als einer der ersten nahm Werner Conze nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder Kontakt zu seinem Doktorvater auf.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Vgl. Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Vgl. das Dissertationsprojekt von Thomas Etzemüller, Tübingen, in dessen Mittelpunkt Werner Conze und die Durchsetzung der Sozialgeschichte nach 1945 stehen.

Vgl. Lothar Gall, Theodor Schieder 1908–1984, in: Historische Zeitschrift 241 (1985), S. 1-25; Wolfgang J. Mommsen, Vom Beruf des Historikers in einer Zeit beschleunigten Wandels. Das historiographische Werk Theodor Schieders, in: Andreas Hillgruber (Hrsg.), Vom Beruf des Historikers in einer Zeit beschleunigten Wandels. Akademische Gedenkfeier für Theodor Schieder am 8. 2. 1985 in der Universität Köln, München 1985, S. 33–59; Jörn Rüsen, Continuity, Innovation, and Self-Reflection in Late Historicism: Theodor Schieder (1908–1984), in: Klemperer/Horn Melton (Hrsg.), Paths of Continuity, S. 353–388.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Hans-Ulrich Wehler, Nachruf auf Theodor Schieder, 11. April 1908 – 8. Oktober 1984, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 143–153, Zitat S. 145.

<sup>22</sup> Vgl. Franz Irsfeld, Verzeichnis der Schriften und Editionen von Theodor Schieder, in: Kurt Klu-

er im Rahmen der politisch instrumentalisierten Ostforschung<sup>23</sup> als Leiter der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte (1933/34–1944), die eng mit der von Albert Brackmann geleiteten Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte in Berlin verbunden war<sup>24</sup>, wesentliche inhaltliche und methodische Impulse, die er nach seiner Berufung auf einen Lehrstuhl in Köln im Jahre 1948 systematisch weiterentwickelte. Die Annäherung der Geschichtswissenschaft an die Soziologie gehörte ebenso dazu wie die typologische Vorgehensweise, die Befragung von Zeitzeugen und die Überwindung einer isolierten Nationalgeschichte zugunsten einer vergleichenden europäischen Geschichte. Der Einfluß des Kölner Ordinarius auf die deutsche Geschichtswissenschaft wird durch die Präsidentschaft der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaft, die Herausgeberschaft der Historischen Zeitschrift und den Vorsitz des Historikerverbandes (1967–1972) unterstrichen

Nicht weniger bekannt sind einige der über ein Dutzend im Rahmen des Arbeitsstabes beschäftigten Nachwuchswissenschaftler, die dritte Generation von Historikern, die an der Entstehung der Dokumentation der Vertreibung beteiligt war: Hans Booms, der spätere Präsident des Bundesarchivs in Koblenz; Martin Broszat<sup>25</sup>, von 1972 an Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München; Eckhart Franz, später Direktor des Hessischen Staatsarchivs in Darmstadt; Kurt Kluxen<sup>26</sup>, Lehrstuhlinhaber in Erlangen, und Hans-Ulrich Wehler, einer der Begründer der "Bielefelder Schule" mit ihrem Ansatz der Geschichte als kritische historische Sozialwissenschaft und dem Konzept der Gesellschaftsgeschichte. Hinzu kommen noch die

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Ernst Heinen/Hans Jürgen Schöps (Hrsg.), Geschichte in der Gegenwart. Festschrift für Kurt Kluxen, Paderborn 1972; Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), Neue Wege der Ideengeschichte. Festschrift für Kurt Kluxen zum 85. Geburtstag, Paderborn u. a. 1996.



xen/Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 60. Geburtstag, München/Wien 1968, S. 449–458; Peter Alter, Verzeichnis der Schriften und Editionen von Theodor Schieder, in: Helmut Berding u. a. (Hrsg.), Vom Staat des Ancien Regime zum modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder zum 70. Geburtstag, München 1978, S. 505–518.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Vgl. Michael Burleigh, Germany turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988; Eduard Mühle, "Ostforschung". Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas, in: Zeitschrift für Ost-Mitteleuropaforschung 46 (1997), S. 317–350; Jörg Hackmann, Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem, Wiesbaden 1996, hier S. 169–256.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Vgl. Götz Aly, Rückwärtsgewandte Propheten. Willige Historiker – Bemerkungen in eigener Sache, in: Ders., Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 153–193, hier S. 169–178; Mathias Beer, Die Landesstelle Schlesien für Nachkriegsgeschichte 1934–1945. Geschichtswissenschaft und Politik im Lichte neuer Aktenfunde, in: Mathias Weber/Carsten Rabe (Hrsg.), Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung, Würzburg 1998.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Vgl. Christian Meier, Der Historiker Martin Broszat, in: Klaus-Dietmar Henke/Claudio Natoli (Hrsg.), Mit dem Pathos der Nüchternheit. Martin Broszat, das Institut für Zeitgeschichte und die Erforschung des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 1991, S. 11-38.

zahlreichen namentlich bekannten und unbekannten sogenannten Sammler, die im wesentlichen die Quellengrundlage für das Forschungsvorhaben schufen.

Nicht zuletzt erlaubt es das veröffentlichte Ergebnis von einem Großforschungsprojekt zu sprechen. Fünf zum Teil dickleibige Bände, zwei davon mit zwei bzw. drei Teilen, drei Beihefte und ein Register, insgesamt über 5000 eng bedruckte Seiten wurden publiziert. Fünf der Bände wurden als Teilausgaben in englischer Sprache herausgebracht<sup>27</sup>. Von Beiheft drei erschien je eine Ausgabe in englischer Sprache in London und Chicago. 1984 legte der Deutsche Taschenbuch Verlag einen unveränderten Nachdruck der deutschen Originalausgabe auf. Von Beiheft eins liegen mittlerweile fünf, von Beiheft drei fünfzehn Auflagen vor. Und dennoch blieb die Dokumentation der Vertreibung unvollendet. Der geplante sechste Band ist trotz der weit gediehenen Vorarbeiten nicht mehr erschienen.

Mit ihrer unbestrittenen politischen und wissenschaftlichen Brisanz und der langen Zeitspanne ihrer Entstehung, an der Vertreter von drei Generationen deutscher Historiker beteiligt waren<sup>28</sup>, bietet die "Dokumentation der Vertreibung", die die "spannenden" fünfziger Jahre<sup>29</sup> abdeckt und zugleich in beide Richtungen über sie hinausweist, wie kein anderes historisches Forschungsvorhaben jener Zeit die Möglichkeit, dem Verhältnis von Politik und Zeitgeschichte in den Anfängen der Bundesrepublik nachzugehen. Daß diese Beziehung schon von Beginn an eine für die beteiligten Historiker zentrale Frage war, daran läßt das Eingangszitat keinen Zweifel.

Im folgenden werden die Absichten, Erwartungen und Ziele der politisch Verantwortlichen mit den Ambitionen der mit der Dokumentation beauftragten Historiker konfrontiert, um die während des Projektes entstandenen spannungsreichen Wechselbeziehungen und ihren Wandel im Laufe der Dauer des Projektes herauszuarbeiten. Bei der näheren Bestimmung der Ursachen und des Inhalts des von Schieder angesprochenen Ärgers geht es vorrangig darum, die Trennlinie und die Beziehungen zwischen strenger Wissenschaftlichkeit und den politischen Implikationen des Erforschten sowie deren Veränderungen aus der Sicht führender Vertreter der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 näher zu beleuchten. Implizit wird dabei die in der Forschung vertretene These hinterfragt, derzufolge kollektive Schuldabwehr und weitgehende Erinnerungsverweigerung die deutsche Geschichtswissen-



<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Documents on the Expulsion of the Germans from Eastern Central Europe. A Selection and Translation. Ed. Theodor Schieder, Federal Ministry for Expellees, Refugees and War Victims, Bonn 1956~1960. Vol. 1: The Expulsion of the German Population from the Territories East of the Oder-Neisse-Line, Transl. by Vivian Stranders, Bonn 1956. Vol. 4: The Expulsion of the German Population from Czechoslovakia, Transl. by G. H. de Sansmarez and his associates, Bonn 1960, Vol. 2/3: The Fate of the Germans in Hungary. The Fate of the Germans in Rumania, Bonn 1961.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Zum Problem des prägenden Einflusses von einschneidenden Erfahrungen auf das Werk von Historikern vgl. Ernst Schulin, Weltkriegserfahrung und Historikerreaktionen, in: Geschichtsdiskurs, Bd. 4: Krisenbewußtsein, Katastrophenerfahrungen und Innovation 1880–1945, hrsg. von Wolfgang Küttler, Jörn Rüsen und Ernst Schulin, Frankfurt a. M. 1997, S. 165–188.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Vgl. Arnold Sywottek, Wege in die 50er Jahre, in: Ders./Axel Schildt (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 13-42.

schaft in den fünfziger Jahren charakterisierten<sup>30</sup>. Die vorrangig wissenschafts- und am Rande politikgeschichtlich angelegte Analyse der Genesis der Dokumentation der Vertreibung erlaubt es ferner, sowohl die thematische und methodische Bandbreite sowie die Grenzen aufzuzeigen, an die die deutsche Zeitgeschichte in den fünfziger Jahren stieß oder die sie sich selbst setzte, als auch Aussagen zur Funktion der Zeitgeschichte in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, zur politischen Einstellung eines Segmentes der Sozialgruppe Historiker und zum Stellenwert des sozialen Produkts Historie<sup>31</sup> in den fünfziger Jahren zu machen. Der Beitrag bringt somit Licht in einen bisher kaum erforschten Bereich der Vergangenheitspolitik, nämlich die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Vertreibung innerhalb der Geschichtswissenschaft<sup>32</sup>. Mit der Geschichte des Faches Zeitgeschichte<sup>33</sup> gerät schließlich auch die Vergangenheit einiger der am Projekt beteiligten Historiker in das Blickfeld. Die Studie kann hier neue Argumente liefern, die zu einer notwendigen Versachlichung der erneut aufgeflammten Diskussion über die Rolle prominenter deutscher Historiker vor und nach 1945 führen können<sup>34</sup>.

Ob, wie Theodor Schieder vermutete und hoffte, spätere Generationen ein gerechteres Urteil über die Dokumentation und, so darf hinzugefügt werden, über die Wis-

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Vgl. Angelika Ebbinghaus/Karl Heinz Roth, Vorläufer des "Generalplans Ost". Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 7, 1 (1992), S. 62–94; Aly, Rückwärtsgewandte Propheten; ders., "Daß uns Blut zu Gold werde". Theodor Schieder, Propagandist des Dritten Reiches, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1988, S. 13–27; Martin Kröger/Roland Thimme, Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Mit einem Vorwort von Winfried Schulze, München 1996; Beiträge von Eberhard Jäckel, Agnes Blänsdorf und Winfried Schulze, Karl Dietrich Erdmann und der Nationalsozialismus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 48 (1997), S. 220–240; Ulrich Raulff, Im Zwielicht. Historiker im Dritten Reich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 5. 1997; Ernst Schulin, Zu nachsichtig gegenüber der eigenen Vergangenheit? Prominente Historiker und ihre Rolle vor 1945: Zu neuen Forschungen über Geschichtswissenschaft und Nationalsozialismus, in: Badische Zeitung, 6. 8. 1997; Schöttler (Hrsg.), Geschichtsschreibung; ders., Deutsche Historiker im Nationalsozialismus – 10 Thesen, in: Werkstatt Geschichte 6 (1997), S. 93–97.



<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Vgl. Bernd Hey, Zeitgeschichte und Vergangenheitsbewältigung, in: Ders./Peter Steinbach (Hrsg.), Zeitgeschichte und politisches Bewußtsein, Köln 1986, S. 72–87; Detlef Garbe, Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und "Vergangenheitsbewältigung": Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, in: Sywottek/Schildt (Hrsg.), Modernisierung, S. 693–716.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Vgl. Thomas Nipperdey, Historismus und Historismuskritik heute, in: Eberhard Jäckel/Ernst Weymar (Hrsg.), Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit, Stuttgart 1975, S. 82–95, hier S. 89.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, hier S. 12; Edgar Wolfrum, Zwischen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik. Forschungen zu Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 36 (1996), S. 500–522; Michael Schwartz, Vertreibung und Vertreibungspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten, in: Deutschland Archiv 30 (1997), S. 177–195.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklungen und Problemlagen der historischen Forschung in der Nachkriegszeit, in: VfZ 41 (1993), S. 1-29; Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriffe, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 89-127.

senschaftler, die sie erarbeitet haben, fällen, muß dahingestellt bleiben. Sicher ist dagegen, daß die Voraussetzungen für eine Beurteilung anhand der mittlerweile verfügbaren Quellen als ausgesprochen gut bezeichnet werden können<sup>35</sup>. Auf sie gestützt, wird in vier Schritten den gestellten Fragen nachgegangen. Zunächst wird die Vorgeschichte des Projektes beleuchtet, anschließend Anlage, Ziel und Umsetzung näher betrachtet, dann das Ergebnis an dem Anspruch gemessen, den sich die wissenschaftliche Kommission gestellt hatte, um schließlich mit einem thesenartig formulierten Fazit den Stellenwert des Forschungsprojektes für die deutsche Zeitgeschichtsforschung insgesamt aufzuzeigen.

ŢΤ

Die Evakuierung, Umsiedlung, Flucht und Vertreibung von etwa 14 Millionen Menschen aus Ost-Mitteleuropa am Ende des Zweiten Weltkrieges stellte einen bis dahin nicht gekannten Vorgang der europäischen Geschichte dar<sup>36</sup>, der freilich nur in geringem Umfang unmittelbare schriftliche Spuren hinterließ. Daher setzten bereits kurz nach Kriegsende in allen Besatzungszonen Initiativen ein, die das Ziel verfolgten, nachträglich von Betroffenen verfaßte Berichte über ihre Erfahrungen und Erlebnisse zu sammeln. Sie gingen oft von Einzelpersonen aus und sind daher systematisch nicht faßbar. Wenn man von solchen Bemühungen Kenntnis erhält, die dem menschlichen Bedürfnis nach Entlasten und Erinnern entsprangen, so handelt es sich in der Regel um Zufallsfunde. Anders verhält es sich dagegen mit den Sammlungen, die von Volkskundlern<sup>37</sup> und Archivaren<sup>38</sup> initiiert worden sind; sie zielten auf das



<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Aus den Beständen des Bundesarchivs haben sich neben den Akten des Ministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte sowie des Bundesministeriums des Inneren die Nachlässe der Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission als besonders ergiebig erwiesen. Hinzu kommen noch Akten aus dem Archiv des Deutschen Bundestages, des Hauptstaatsarchivs in Stuttgart und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem. Weiteres Schriftgut befindet sich im Privatbesitz einer Reihe von Mitarbeitern an der Dokumentation, mit denen ausführliche Gespräche zu ihrer Tätigkeit im Arbeitsstab der Dokumentation geführt wurden. Für die Bereitschaft, meine Recherchen zu unterstützen, danke ich Prof. Hans Booms, Prof. Eckart G. Franz, Prof. Kurt Kluxen, Dr. Vincent Kroll, Dr. Gerhard Papke, Heinrich Smikalla sowie Prof. Hans-Ulrich Wehler.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Vgl. Eugene M. Kulischer, Europe on the Move. War and Population Changes 1917-1947, New York 1948; Michael M. Marrus, The Unwanted European Refugees in the Twentieth Century, New York/Oxford 1985; Hans Lemberg, "Ethnische Säuberung". Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 46 (1992), S. 27-38.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Vgl. Herbert Schwedt, Die Anfänge der volkskundlichen Flüchtlingsforschung im deutschen Südwesten, in: Mathias Beer (Hrsg.), Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945, Sigmaringen 1994, S. 49–60.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Vgl. Der Archivar 1 (1947/1948), Sp. 77f.: Bericht über die Tagung der Archivare der britischen Zone in Detmold vom 3. September 1947; Sp. 140–143: Quellen zur Geschichte der Ostvertriebenen. Das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz und das Staatsarchiv Düsseldorf haben in dieser Hinsicht eine besonders rege Tätigkeit entwickelt. Vgl. zu letzterem das Schreiben des Staatsarchivs Düsseldorf an Theodor Schieder, 20. 2. 1952, in: BA Koblenz, N 1188: 3.

fachgerechte Bewahren von Vergänglichem<sup>39</sup> und knüpften, in einigen Fällen nahtlos an vergleichbare Anliegen in der Zwischenkriegszeit an. Daneben sind von 1946 an ähnliche Anstrengungen zu beobachten, die von Privatpersonen und wiederentstandenen oder neu eingerichteten deutschen Institutionen und Verwaltungen ausgingen. Der Hintergrund für das Sammeln von Berichten über die Flucht und Vertreibung war aber hier ein völlig anderer.

In der britischen Zone verfaßte auf Initiative des früheren deutschen Botschafters Herbert von Dirksen<sup>40</sup> der in Göttingen ansässig gewordene und seinerzeit in der Ostforschung aktive Geograph Hans Mortensen<sup>41</sup> im Frühjahr 1946 eine kleine Denkschrift über die wirtschaftliche Bedeutung Schlesiens für das Reich in der Vorkriegszeit<sup>42</sup>. Als Gutsbesitzer in Grödnitzberg (Schlesien) und als ehemaliger Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes lagen von Dirksen die Fragen des deutschen Ostens nahe. Die in langjähriger internationaler Erfahrung als Botschafter in Moskau, London und Tokio geknüpften Kontakte nutzte er jetzt und ließ die Denkschrift dem ihm bekannten US-Sonderbotschafter Robert Murphy und dem in der britischen Zone als politischer Berater tätigen William Strang mit der Bitte zukommen, das Schriftstück dem Alliierten Kontrollrat zuzuleiten. Ermuntert von den beiden Diplomaten, ihnen weiteres "Material über die deutschen Ostgebiete zu verschaffen", nahm Dirksen Kontakt zu weiteren dem Kreis der Ostforscher zugehörigen Wissenschaftlern, u. a. dem Geographen Erich Obst<sup>43</sup> in Hannover und dem Historiker Hermann Aubin<sup>44</sup> in Göttingen, und zu einer Reihe ehemaliger Mitglieder des Auswärtigen Amtes auf. Als Ergebnis dieser Bemühungen wurde Ende Mai 1946 im niedersächsischen Bad Nenndorf die "Arbeitsgemeinschaft für Ostfragen" gegründet, die entsprechend der Herkunft der meisten ihrer Mitarbeiter Material zu

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Vgl. Hermann Aubin 1885–1969. Werk und Leben. Reden gehalten am 23. März 1970 bei der Trauerfeier des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn 1970; Marc Raeff, Some Observations on the Work of Hermann Aubin (1885–1969), in: Klemperer/Horn Melton (Hrsg.), Paths of Continuity, S. 239–249. Vgl. auch Burleigh, Germany.



<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Vgl. Hermann Bausinger, Das Problem der Flüchtlinge und Vertriebenen in den Forschungen zur Kultur der unteren Schichten, in: Rainer Schulze/Doris von der Brelie-Lewien/Helga Grebing (Hrsg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987, S. 180–195.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Vgl. Herbert von Dirksen, Moskau, Tokio, London. Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik, Stuttgart 1949; Magnus Freiherr von Braun-Neuken, Herbert von Dirksen zum Gedächtnis, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg 7 (1957), S. 5–48.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Vgl. Mechtild Rössler, "Wissenschaft und Lebensraum". Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie, Berlin/Hamburg 1990, S. 272.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Dazu und zum Folgenden vgl. Manfred Overesch, Gesamtdeutsche Illusion und westdeutsche Realität. Von den Vorbereitungen für einen deutschen Friedensvertrag zur Gründung des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland 1946–1949/51, Düsseldorf 1978, S. 26–34; Heribert Piontkowitz, Anfänge deutscher Außenpolitik 1946–1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen, Stuttgart 1978, S. 13–20.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Vgl. Rössler, Wissenschaft, S. 272 f.

Schlesien sammelte. In Göttingen, wo sich aufgrund der Initiative des letzten Kurators der Albertus-Universität, Friedrich Hoffmann, nach Stationen in Greifswald und Flensburg, eine Sammelstelle für Angehörige der Königsberger Universität herausbildete, erfaßte man im Rahmen des "Arbeitskreises für ostpreußische Fragen", dem auch Theodor Schieder angehörte<sup>45</sup>, Unterlagen zu Ostpreußen.

Mit Unterstützung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Hinrich Wilhelm Kopf, der selbst 1945 mit einem Treck aus Oberschlesien in das südhannoversche Gebiet gekommen war, wurden diese zunächst akademisch-archivalischen Initiativen in einer "Forschungsgemeinschaft für Ernährungsfragen" und dann in der "Akademie für Raumforschung und Landesplanung" zusammengefaßt und politisiert. Dabei ging man von der Feststellung aus, daß die endgültige Entscheidung über die Ostgrenzen noch nicht gefallen und sie deshalb mit sachlichen Gründen noch zu beeinflussen sei. Ziel der Forschungsgemeinschaft, für die man anfangs auch die Ministerpräsidenten der US-Zone gewinnen konnte<sup>46</sup>, war es, zu einer zentralen Stelle zu werden, welche die wissenschaftlichen Grundlagen für die praktischpolitische Behandlung der "Ostfragen" auf internationaler Ebene und insbesondere für die erwarteten Friedensverhandlungen erarbeiten sollte: "Man muß auf jeden Fall gerüstet sein"<sup>47</sup>. Sie sollte einschlägiges Material sammeln und Denkschriften verfassen.

Konkrete Ergebnisse der Arbeit bildeten eine zweite Schlesien-Denkschrift<sup>48</sup> und eine zu Ostpreußen<sup>49</sup>, an der im Rahmen des am 1. November konstituierten Göttinger Arbeitskreises auch Theodor Schieder mitgearbeitet hatte<sup>50</sup>. Mit dieser Schrift, die "den unberechtigten slawischen Forderungen nach unserer Heimatprovinz mit sach-



<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem (künftig: GStAPK), XX HA, Rep. 99 c, Nr. 59, Friedrich Hoffmann an Theodor Oberländer, 4. 10. 1946. Im Brief heißt es u, a.: "Die in Rede stehenden Arbeiten müssen aus gewissen Gründen am 25. dieses Monats abgeschlossen sein, und wir würden großen Wert darauf legen, wenn Sie noch vorher hier eintreffen könnten, damit wir uns über eine Reihe von Fragen aussprechen könnten." Dem Arbeitskreis gehörte auch der schon genannte Geograph Hans Mortensen an.

<sup>46</sup> Vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. I, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, München/Wien 1976, S. 799f.: Interne Sitzung des Länderrats, 10. 9. 1946.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> So der Regierungsdirektor in der Bayerischen Staatskanzlei, Hans-Heinrich von Herwarth, dessen Vorgesetzter während seiner Tätigkeit in der Moskauer Botschaft Herbert von Dirksen gewesen war, zit. in: Piontkowitz, Anfänge deutscher Außenpolitik, S. 16.

<sup>48</sup> Vgl. Ackerbau, Viehzucht, Forstwirtschaft in Schlesien. Als Manuskript gedruckt. Nur für den Dienstgebrauch, Hannover 1946, in: Bibliothek des Geographischen Instituts der Universität Tübingen.

<sup>49</sup> Vgl. Ostpreußen. Als Manuskript gedruckt, Göttingen 1947, in: UB Tübingen.

Vgl. Overesch, Gesamtdeutsche Illusion, S. 31; GStAPK, XX HA, Rep. 99 c, Nr. 59, Bescheinigung für Schieder von Hoffmann ausgestellt, 22. 8. 1947. Daraus geht hervor, daß Theodor Schieder später auch für das Deutsche Büro für Friedensfragen tätig war. Vgl. auch Joachim Freiherr von Braun, Fünf Jahre Arbeit für den deutschen Osten. Der Göttinger Arbeitskreis. Tätigkeitsbericht zu seinem fünfjährigen Bestehen, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg 2 (1952), S. 208–251; Max Hildebert Boehm, Verluste und neue Ansätze der Wissenschaft, in: Lemberg/Edding (Hrsg.), Die Vertriebenen, Bd. 3, S. 204–223, bes. S. 216f.

lichem Beweismaterial" entgegentrat<sup>51</sup>, sollte auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom April 1947 auf die Unentbehrlichkeit der deutschen Ostgebiete für das Reich hingewiesen werden. Zu den geplanten Arbeitskreisen der "Forschungsgemeinschaft für Ernährungsfragen", die auf eine Zusammenstellung von stichhaltigem Material für kommende Friedensverhandlungen abzielten, gehörte auch jener, der sich mit Rechtsfragen von internationaler Bedeutung, einschließlich der Kriegsschuldfrage, befaßte. Die Parallelen zu vergleichbaren Bemühungen am Ende des Ersten Weltkrieges sind nicht nur unverkennbar, sondern sie bildeten gerade den Bezugspunkt, auf den man sich berief. In diesem Rahmen wurden auch Vorbereitungen getroffen, welche "die Schaffung einer Gesamtdokumentation über die Umstände und die Bedeutung der Ausweisung der Deutschen aus dem Gebiet östlich der Oder und Neiße zum Ziel" hatten<sup>52</sup>. Letztendlich scheiterten aber die Bemühungen, die Forschungsgemeinschaft durch ein politisch hochkarätig besetztes Kuratorium<sup>53</sup> aufzuwerten, das als politische Koordinationsstelle Material für die Friedensverhandlungen bereitstellen sollte. Dem Plan fehlte vor allem die Unterstützung des Vorsitzenden der SPD Kurt Schumacher, der, obwohl ihm die Leitung des Gremiums angeboten worden war, bereits in der personellen Zusammensetzung des Kuratoriums eine seinen Überzeugungen und Plänen zuwiderlaufende Entwicklung sah. Auch wenn damit die von Kopf eingeleiteten Plane im Sand verliefen und die "außenpolitische" Initiative an die süddeutschen Länder überging, die dafür das "Deutsche Büro für Friedensfragen" ins Leben riefen, wurde die Sammel- und Dokumentationstätigkeit in Bad Nenndorf und in Göttingen, wie noch zu sehen sein wird, nicht eingestellt.

Parallel zur Entwicklung in der britischen Zone ist ein von der gleichen Zielsetzung bestimmter Plan für eine Sammlung von Berichten zu den Umständen der Ausweisung in der amerikanischen Besatzungszone entwickelt worden. Genaueres dazu wurde im Ausschuß für Flüchtlingswesen beim Länderrat in Stuttgart am 10. Dezember 1946 berichtet. Dort brachte Karl Mommer, Referent beim Länderrat und später beim Deutschen Büro für Friedensfragen<sup>54</sup> – dem Vorgänger des Auswärtigen Amtes –, unter dem Tagesordnungspunkt zwei den Vorschlag ein: "Vorbereitung einer Gesamtdokumentation über die Ausweisung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Ungarn"<sup>55</sup>. Ausgehend von den bekannten und registrierten Verstößen bei der Ausweisung gegen Abmachungen der Alliierten und gegen die Menschlichkeit,

<sup>55</sup> HStA Stuttgart, EA 2/801: 108, Protokoll des Ausschusses für Flüchtlingswesen, 10. 12. 1946. Bei der Sitzung machte der Vertreter Bayerns, Staatskommissar für das Flüchtlingswesen Jaenicke, der als Mitglied des geplanten Kuratoriums der "Forschungsgemeinschaft für Ernährungsfragen" vorgeschlagen worden war, auf ähnliche, in Hannover auf Initiative Kopfs verfolgte Pläne aufmerksam.



<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Ernst Wermke, Deutsche Arbeiten über Ost- und Westpreußen seit 1945, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg 5 (1954), S. 224-253, Zitat S. 237.

<sup>52</sup> Hauptstaatsarchiv Stuttgart (künftig: HStA Stuttgart), EA 2/801: 108, Protokoll des Ausschusses für Flüchtlingsfragen beim Länderrat in Stuttgart, 10. 12. 1946.

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Zu den vorgeschlagenen Mitgliedern gehörten: Kurt Schumacher, Paul Löbe, Konrad Adenauer, Herbert von Dirksen und Wolfgang Jaenicke. Vgl. dazu Overesch, Gesamtdeutsche Illusion, S. 33.

<sup>54</sup> Vgl. Piontkowitz, Anfänge deutscher Außenpolitik, hier S. 20-25.

begründete er das Vorhaben unter Hinweis auf die kommenden Friedensverhandlungen. Dabei sei es unerläßlich, "daß Deutschland über ein unanfechtbares Dokumentenmaterial über das gesamte Problem der für Europas weitere Entwicklung so entscheidenden Umsiedlungsaktion von 12 Millionen Menschen verfüge". Der Vorschlag, der darauf zielte, die deutsche Position bei kommenden Friedensverhandlungen zu verbessern, wurde gutgeheißen, und an das Direktorium des Länderrates wurde der Antrag gestellt, die erforderlichen Personal- und Sachmittel bereitzustellen. Den Vorschlag erneuerte Mommer eine Woche später bei einer Konferenz der Leiter der Flüchtlingsverwaltung der Länder und Provinzen der amerikanischen und britischen Zone in Frankfurt am Main, wobei er ausdrücklich auf die historischen und politischen Gründe hinwies, die eine systematische Sammlung aller Unterlagen und gegebenenfalls deren Veröffentlichung erforderlich machten<sup>56</sup>. Man einigte sich darauf, das Material über "die Ausweisung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und den Balkanländern" in der amerikanischen Zone, jenes für das Gebiet östlich der Oder und Neiße in der britischen Zone zu sammeln und folgte dabei der Zuordnung von Ausweisungs- und Aufnahmegebieten, wie sie vom Alliierten Kontrollrat am 20. November 1945 vorgenommen worden war<sup>57</sup>.

Das unverkennbare politische Motiv, welches den Länderrat zu diesen Beschlüssen bewog, zieht sich wie ein roter Faden durch die weitere Entwicklung des Projektes. In den 1947 im Druck erschienenen "Richtlinien für die systematische Zusammenstellung einer Gesamt-Dokumentation über die Ausweisung von Deutschen aus dem Osten", welche der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Baden mit Zustimmung der amerikanischen Militärregierung erarbeitet hatte, wird das ebenfalls deutlich<sup>58</sup>. Die Notwendigkeit der Dokumentation wurde hier mit der Einmaligkeit des geschichtlichen Vorgangs begründet, den die Ausweisung vieler Millionen Deutscher aus dem Osten darstelle. Es gelte, hieß es weiter, "die tatsächlichen Zusammenhänge und Geschehnisse aufzuzeigen und durch die Erfassung möglichst vieler Einzelschicksale und Erlebnisse eine Gesamt-Dokumentation aufzubauen, die einer späteren Geschichtsschreibung die Grundlage geben soll, damit dereinst die größte Völkerwanderung aller Zeiten als einer der wichtigsten Abschnitte der Weltgeschichte sachlich und umfassend dargestellt werden kann". Neben dieser historiographischen Begründung ist aber auch die politische Zielsetzung zu finden: "Durch die Erstellung



<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Ebenda, EA 2/801: 559, Protokoll der Konferenz vom 18. 12. 1946.

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Plan der Umsiedlung der aus Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen ausgewiesenen deutschen Bevölkerung nach den vier Besatzungszonen Deutschlands, in: Deklarationen, Gesetze und Befehle. Berlin, Verlag der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland 1946, S. 65 f.

<sup>58</sup> HStA Stuttgart, EA 2/801: 347, Richtlinien für die systematische Zusammenstellung einer Gesamt-Dokumentation über die Ausweisung der Deutschen aus dem Osten. Die folgenden Zitate sind alle dieser Broschüre entnommen. Zum Staatskommissar für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Baden vgl. Roland Müller, Beauftragter oder Kommissar? Die Anfänge der Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Baden, in: Beer (Hrsg.), Zur Integration, S. 95–110; Sylvia Schraut, Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt, München 1995.

dieser Gesamtdokumentation wird zudem einer kommenden deutschen Regierung ein einwandfreies Material geschaffen, das jederzeit wichtig werden kann. Deshalb werden alle Beiträge, insbesondere Tatsachenberichte u. ä. notariell beglaubigt." Die Beglaubigung verlieh den individuellen Berichten juristische Beweiskraft. Sie sollten so zu einwandfreiem, politisch und völkerrechtlich verwertbarem Material werden. Die auf dieser Grundlage und unter diesen Voraussetzungen 1947 eingeleitete Sammel- und Dokumentationstätigkeit wurde im Februar 1948 an die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltungen, dem Zusammenschluß der Flüchtlingsverwaltungen der amerikanischen und britischen Zone, übertragen<sup>59</sup>.

Auch in einer Resolution des Bayerischen Landtages vom August 1948 standen die genuin politischen Gründe für die angestrebte Dokumentation deutlich im Vordergrund. In ihr wurde gefordert, "das Material über die Ausschreitungen gegen die Deutschen im Osten, über die Durchführung ihrer Ausweisung und über das Schicksal der noch in den Ostländern befindlichen Deutschen zu sammeln, entsprechende Erhebungen durchzuführen und das Ergebnis zu einer Denkschrift zusammenzufassen"60. Diese sollte der Militärregierung und den Vereinten Nationen überreicht werden. Die mit dem Projekt verbundene politische und völkerrechtliche Zielsetzung, die mit der Betonung der Ausschreitungen gegen Deutsche unterstrichen wurde, bildete fortan das bestimmende Argument in den Diskussionen über die Dokumentation. Der bayerische Vorschlag wurde auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 5. August 1949 in Wiesbaden diskutiert. Darüber hinaus wurde angeregt, das Deutsche Büro für Friedensfragen mit der Ausarbeitung eines entsprechenden "Weißbuches" zu beauftragen. Die Kosten in Höhe von 42 500 DM sollten nach einem festgelegten Schlüssel die Länder der drei westlichen Besatzungszonen tragen. Weil mit dem angestrebten "Weißbuch", wie es im Protokoll ausdrücklich hieß, ein ausgesprochen politisches Ziel verfolgt wurde und damit unaufschiebbare Vorarbeiten für eine künftige Bundesregierung geleistet werden sollten, wurde der Antrag angenommen<sup>61</sup>. Es sollten, so die Argumentation im Deutschen Büro für Friedensfragen, Fehler vermieden werden, wie sie bei den deutschen Friedensvorbereitungen für Versailles 1918/19 gemacht worden waren<sup>62</sup>.

Unmittelbar nach dem Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz nahmen Mitarbeiter des Deutschen Büros für Friedensfragen die Arbeit auf<sup>63</sup>. In einem ersten Schritt galt es, Berichte zusammenzutragen, die die Grundlage für das anvisierte "Weißbuch" bilden sollten. Zum einen ermittelte und akquirierte man bereits vorhandene Unterlagen, wie jene zwölf Ordner mit Berichten von Flüchtlingen aus Württemberg-Baden und zwei Ordner aus Bayern. Zum anderen leitete man, nachdem Pläne, über Kommunen und Gerichte geeignetes Material zu beschaffen, fallen-

<sup>63</sup> BA Koblenz, B 150: 4187, Aktenvermerk betreff Flüchtlingsdokumentation, 21. 11. 1949.



<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> HStA Stuttgart, EA 2/801: 558, Protokoll des Ausschusses für Flüchtlingswesen beim Länderrat, 24. 2. 1948.

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup> Archiv des Deutschen Bundestages, Bestand 2: 42, Protokoll der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltungen, 1. 12. 1948.

<sup>61</sup> Vgl. AVBRD, Bd. 5, bearb. von Hans-Dieter Kreikamp, München/Wien 1981, S. 1005-1008.

<sup>62</sup> Vgl. Overesch, Gesamtdeutsche Illusion, S. 96.

gelassen worden waren, Sammelaktionen mit Hilfe von Privatpersonen ein. Das Sammelgebiet wurde dreigeteilt: die Gebiete östlich der Oder und Neiße, das Sudetenland und Südosteuropa. Für ersteres wurde durch Vermittlung des Amtes für Fragen der Heimatvertriebenen mit Hans von Spaeth-Meyken<sup>64</sup> ein Angehöriger des Nenndorfer Kreises gewonnen, der schon entsprechende Erfahrungen auf diesem Gebiet hatte. Er setzte dafür einen umfangreichen Mitarbeiterstab ein und rief über die landsmannschaftliche Presse zur Mitarbeit auf. Der dezidiert politisch argumentierende Aufruf endete mit den Sätzen: "Landsleute! Die Erfassung und Sicherung dieses geschichtlichen Materials ist von entscheidender Bedeutung im Kampf durch Wort und Schrift um unsere Heimat. An uns allen liegt es, ob endgültig Schweigen und Vergessen über unsere Vertreibung, Not und Tod unserer Angehörigen herrschen wird, oder ob die Welt eines Tages das Unrecht von Potsdam und Yalta revidieren wird. Daher betrachte jeder diese Aufgabe als seine persönliche Verpflichtung gegenüber der Heimat."65 Nachdem eine Reihe von Versuchen, weitere geeignete Mitarbeiter zu verpflichten, scheiterten, wurde mit der Sammeltätigkeit für das Sudetenland Dr. Wilhelm Turnwald<sup>66</sup> und für Südosteuropa Prof. Fritz Valjavec<sup>67</sup> beauftragt. Auf eine abgestimmte methodische Vorgehensweise, eine einheitliche Systematik oder Koordination der Erhebungen wurde nicht geachtet. Allen gemeinsam war allein das Interesse, die Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung während der Flucht, Evakuierung und Vertreibung anhand persönlicher Berichte zu dokumentieren.

Im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik stand über dem ganzen Projekt ein großes Fragezeichen. Angesichts der bevorstehenden Auflösung des Deutschen Büros für Friedensfragen drohten auch die angelaufenen Vorarbeiten für die angestrebte Dokumentation eingestellt zu werden<sup>68</sup>. Auf Drängen Spaeth-Meykens erklärte sich Ottomar Schreiber, seit Dezember 1949 Staatssekretär im Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen, bereit, die Sammeltätigkeit im Rahmen seines Ministeriums fortführen zu lassen<sup>69</sup>, zeitlich bis Juni 1951 befristet und auf der Basis von Werkverträgen. Diese Entscheidung ermöglichte nicht nur eine Fortsetzung der Arbeiten, sondern sogar eine Ausweitung. Zusätzlich zu dem bereits beschäftigten



<sup>64</sup> Ebenda, B 150: 4187, Heft 1: Aktenvermerke vom 21. 11. 1949 und 14. 12. 1949.

<sup>65</sup> Ebenda, Heft 1: Bericht von Hans von Spaeth-Meyken, 16. 4. 1950.

Wilhelm Turnwald war nicht nur als Sammler tätig, sondern er hat einen Teil der in die Dokumentation der Vertreibung eingeflossenen Berichte auch für eigene Publikationen verwendet. Vgl. dazu Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen, eingel. und bearb. von Wilhelm Turnwald, Selbstverlag o. O. 1951.

<sup>&</sup>lt;sup>67</sup> Vgl. Harold Steinacker, Fritz Valjavec. Der Forscher und Gelehrte, in: Gedenkschrift für Fritz Valjavec, hrsg. vom Südostdeutschen Kulturwerk, München 1963, S. 19–33.

<sup>68</sup> BA Koblenz, B 150: 4187, Aktenvermerke vom 14. 3. 1950 und 14. 6. 1950.

<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> Ebenda, B 150: 4188, Heft 1: Bericht über den augenblicklichen Stand und die Weiterführung der Arbeit, 7. 10. 1950; Aktenvermerk betreff Übernahme der Bearbeitung der Dokumentation der Unmenschlichkeit, 7. 11. 1950; Staatssekretär Ottomar Schreiber an das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 3. 1. 1951.

Arbeitsstab wurde im Aufnahmelager in Friedland<sup>70</sup> eine Befragungsstelle eingerichtet. Nun galt es, die Dichte und regionale Streuung der bereits für die Gebiete östlich der Oder und Neiße vorhandenen Sammlung von knapp 1000 Berichten zu verbessern<sup>71</sup>. Schreiber stimmte auch dem Vorschlag zu, das Material auszuwerten und in möglichst kurzer Zeit ein Weißbuch zu erstellen, welches die während der Vertreibung an Deutschen verübten Verbrechen dokumentieren sollte. Das Ministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen befand sich damit im Einklang mit der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer, der dabei ausführlich auf die Massenaustreibung, das Los der Vertriebenen und den Rechtsanspruch der Bundesrepublik auf die abgetrennten Gebiete eingegangen war und angekündigt hatte, die Bundesregierung werde "das gesamte Rechts- und Tatsachenmaterial in einer Denkschrift, die veröffentlicht und den alliierten Regierungen überreicht werden wird, zusammenfassen"<sup>72</sup>.

Nach den Vorstellungen des Vertriebenenministeriums sollte mit der Erarbeitung des Weißbuches ein Hauptredaktor betraut werden, dessen Aufgabe es war, bereits in der Sammelphase "die politisch zweckbestimmte Linie" vorzugeben. Um keine Zeit zu verlieren, wurden gleich potentielle Kandidaten genannt. Konsistorialrat Kaps<sup>73</sup> räumte man als "homo incognitus" von vornherein keine Chancen ein. Dagegen erschien der Historiker Walther Recke, ehemals Professor in Danzig, Leiter des dortigen Ostland-Instituts und Vorstandsmitglied der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft, "als ausgewiesener Ostfachmann" und wegen seines guten politischen Fingerspitzengefühls als die geeignete Person. In seiner starken NS-Belastung<sup>74</sup> sah man zwar ein ernsthaftes Hindernis gerade "im Hinblick auf die Propaganda, die mit dem Material gemacht werden wird". Dem stellte man aber entgegen, daß die Publikation durch das Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen erfolgen würde, so daß der Redaktor öffentlich gar nicht in Erscheinung zu treten brauche<sup>75</sup>.

Trotz mehrerer Versuche, Schreiber davon zu überzeugen, daß die Arbeiten an der Dokumentation über den 30. Juni 1951 hinaus finanziert werden müßten, rückte er

<sup>&</sup>lt;sup>75</sup> BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1: Schriftwechsel Spaeth-Meykens mit Diestel-kamp 23. 4. und 27. 4. 1951.



Vgl. Dagmar Kleineke, Entstehung und Entwicklung des Lagers Friedland 1945–1955, Diss. Göttingen 1992.

<sup>&</sup>lt;sup>71</sup> BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1: Spaeth-Meyken an Adolf Diestelkamp, 23. 4. 1951.

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte, Bd. 1, Bonn 1950, 5. Sitzung, 20. 9. 1949, S. 28 f.

Als Vertreter des Evangelischen Hilfswerks hatte man Johannes Kaps für das Kuratorium der Forschungsgemeinschaft für ernährungswissenschaftliche Fragen vorgeschlagen. Vgl. Overesch, Gesamtdeutsche Illusion, S. 33; Johannes Kaps, Die Tragödie Schlesiens 1945/46 in Dokumenten, München 1953.

<sup>&</sup>lt;sup>74</sup> Zu Recke vgl. Kürschners Deutscher Gelehrten Kalender 1950, S. 1627; Wolfgang Weber, Priester der Clio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970, Frankfurt a. M. 1984; Burleigh, Germany, S. 51, 67, 136.

von der Entscheidung nicht ab. Seiner Ansicht nach sollte das Vorhaben rasch in Form des Weißbuches abgeschlossen werden. Das drohende Aus für die Dokumentation und damit auch für seine vom Ministerium finanziell geförderte Tätigkeit veranlaßten Spaeth-Meyken, sich um eine Weiterfinanzierung zu bemühen. Er fand dabei insbesondere in dem am Staatsarchiv Hannover tätigen Adolf Diestelkamp, der, "an gute alte Traditionen" anknüpfend, sich im Rahmen des Herder-Forschungsrates für die "leider arg vernachläßigten Belange der nord- und ostdeutschen Forschung" einsetzte<sup>76</sup>, einen ebenso entschiedenen wie erfahrenen und auch taktisch versierten Mitstreiter. Spaeth-Meyken kannte Diestelkamp wohl schon aus der Zeit, als dieser Leiter des Staatsarchivs in Stettin gewesen war. Auf diese Zeit scheinen auch dessen gute Beziehungen zurückzugehen, die ihm jetzt zugute kamen. Zunächst sicherte sich Diestelkamp die Unterstützung der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften und trat dann an das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen heran<sup>77</sup>. In einem Brief von Mitte Mai 1951 an den Staatssekretär Franz Thedieck<sup>78</sup> wies er diesen auf das "betrübliche Stadium" hin, in das die Dokumentation durch den Beschluß des Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen getreten sei, die Arbeiten Mitte des Jahres einzustellen<sup>79</sup>. Er sprach sich entschieden für die Fortführung aus und bat darum, die Gelegenheit zu erhalten, mündlich eingehend über "die Frage der Dokumentation" zu berichten.

Dem Brief legte Diestelkamp eine Denkschrift zur "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" bei, in welcher die Absichten und Ziele, die er mit der Dokumentation verband, niedergelegt waren. Zunächst skizzierte er die Entwicklung der Sammeltätigkeit, wobei er die Arbeit Spaeth-Meykens würdigte und dann auf die angesichts fehlender Akten unaufschiebbare Notwendigkeit hinwies, systematisch persönliche Berichte über Flucht und Vertreibung zu sammeln. Diese Methode sei nach dem Ersten Weltkrieg vom Reichsarchiv mit großem Erfolg angewandt worden und habe sich auch in der Zeit des Ruhrkampfes und der Kämpfe um Oberschlesien bewährt<sup>80</sup>. Er warnte dann nachdrücklich davor, "die Dokumenta-



Archiv des Herder-Instituts, Akten "Mitgliederversammlungen des Herder-Forschungsrates", Diestelkamp an Werner Essen, 21. 4. 1950, zit. in: Mühle, Ostforschung, S. 337. Zum Herder-Forschungsrat vgl. Hans Lemberg, Das Herder-Institut auf dem Wege. Vom Institut des J. G. Herder-Forschungsrates zum Herder-Institut e. V., in: Hugo Weczerka (Hrsg.), Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropa-Forschung, Marburg 1996, S. 101-106.

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup> BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1: Diestelkamp an den Vorstand der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften, 19. 6. 1951.

<sup>&</sup>lt;sup>78</sup> Zu Thedieck vgl. Udo Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1984, S. 153 f.

<sup>&</sup>lt;sup>79</sup> BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1: Diestelkamp an Thedieck, 18.5. 1951. Dem Brief liegt die Denkschrift Diestelkamps vom 22. 5. 1951 bei. Es handelt sich wohl um die Fassung seines Vortrages, den er vor dem Vorstand der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften am 23. 5. 1951 in Hamburg gehalten hatte. Die folgenden Zitate sind dieser Denkschrift entnommen.

Diestelkamp bezieht sich hier, wobei er bewußt die dafür zuständige Forschungseinrichtung ausspart, auf die Tätigkeit der 1933 ins Leben gerufenen Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte in Berlin, die Albert Brackmann leitete. Eng mit ihr verbunden waren die Landesstelle Ostpreußen

tion jetzt gewissermaßen mit einem Kurzschluß zu beenden und ein opus imperfectum herauszubringen". Dagegen würden neben praktischen und wissenschaftlichen Erwägungen "sehr gewichtige, die deutschen Interessen stärkstens berührende Gründe" sprechen. In dem Vorhaben, das er zu einer Dokumentation des Zeitgeschehens in den Ostgebieten ausgeweitet sehen wollte, sah Diestelkamp "eine nationalpolitische Aufgabe von weittragender Bedeutung, von deren Bewältigung in entscheidendem Maße das spätere Schicksal dieser deutschen Gebiete einmal abhängen dürfte". Das zeigten "die harten und unmißverständlichen Lehren der Friedensverträge nach dem ersten Weltkriege [...], bei denen deutsches Versagen und Versäumnis einen wesentlichen Anteil an den damaligen Gebietsverlusten hat".

Die Polen, so fuhr Diestelkamp fort, hätten das damals und auch jetzt erkannt und würden daher mit ungeheuerem Aufwand Publikationen herausbringen, die ihren Standpunkt stützten81. Es sei daher notwendig, nicht auf kurzlebige Tageserfolge, wie sie das Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen anstrebe, zu schielen, sondern in der Dokumentation "einen entscheidenden Faktor in unserem Kampfe um die Wiedergewinnung des deutschen Ostens" zu sehen. Damit aber handle es sich um eine "nationalpolitische Verpflichtung" ersten Ranges, die einzulösen Aufgabe nicht nur der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften, sondern insbesondere der für den Osten zuständigen Ministerien<sup>82</sup> sei. Das Bundesministerium des Inneren finanziere in einem "erfreulichen Ausmaß die Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus"83. So wichtig das auch sei, der Dokumentation "als der einzigen quellenmäßigen Grundlage für eine zuverlässige und einwandfreie Aufhellung des Geschehens im Osten" komme wohl doch größeres Gewicht zu. Denn neben der wissenschaftlichen Bedeutung habe sie eine ausgesprochen nationalpolitische, "weil durch diese Arbeit ein wesentlicher, wenn nicht gar entscheidender Beitrag zur Neugestaltung Deutschlands im deutschen wie im europäischen Sinne geliefert wird".

Mit diesen inhaltlich, sprachlich und in ihrer Stoßrichtung in ungebrochener Kontinuität zur Zwischenkriegszeit stehenden Argumenten, die Diestelkamp auch bei persönlichen Gesprächen am 13. Juni in Bonn vortrug, gewann er zwei Ministerien dafür, sich mit Nachdruck für die Fortsetzung der Arbeiten an der Dokumentation einzusetzen. Im Auswärtigen Amt wurde ihm versichert, daß dort ein "dringendes

<sup>83</sup> Hier bezieht sich Diestelkamp auf das Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit, später in Institut für Zeitgeschichte umbenannt. Vgl. dazu Hellmuth Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 18 (1970), S. 529-554; Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 229-224.



für Nachkriegsgeschichte in Königsberg, deren wissenschaftlicher Leiter Theodor Schieder war, und die Landesstelle Schlesien für Nachkriegsgeschichte in Breslau. Zu der Zentralstelle und ihren Dependancen vgl. Aly, Rückwärtsgewandte Propheten, S. 169–178; Beer, Die Landesstelle Schlesien.

<sup>&</sup>lt;sup>81</sup> Documenta occupationis Teutonicae, 4 Bde, Posen 1945-1949.

<sup>82</sup> Gemeint waren das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen und das Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen.

Bedürfnis" bestehe, "die bisher gesammelten Materialien für außenpolitische Zwecke nutzbar zu machen"84. Und im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen erklärte man sich grundsätzlich bereit, nach Rücksprache mit dem Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen das gesamte Projekt zu übernehmen, und zwar bis zur Errichtung des Bundesarchivs, welches dann die gesamtdeutsche Dokumentation an sich ziehen sollte.

Auf fruchtbaren Boden fiel auch die Anregung Diestelkamps, die Dokumentation zum Thema einer baldigen interministeriellen Besprechung zu machen. Bereits einen Monat später (13. Juli 1951) trafen sich auf Einladung des Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen und des Bundesinnenministeriums zu einer Besprechung über die Fortführung der Dokumentation auf der Grundlage der Denkschrift Diestelkamps85. Zunächst gab Hasso von Etzdorf, der Vertreter des Auswärtigen Amtes, vormals im Deutschen Büro für Friedensfragen für die Dokumentation zuständig, einen Überblick über die Geschichte des Projektes und sprach sich dann entschieden für eine Fortsetzung und Ausweitung der Arbeiten im Sinne der Denkschrift aus. Neben der historischen Bedeutung unterstrich er insbesondere das mit der Dokumentation verbundene außenpolitische Interesse. Mit dem gleichen Argument wurde zeitgleich dafür plädiert, im Institut für Zeitgeschichte die Geschichte des deutschen Widerstandes vorrangig zu erforschen<sup>86</sup>. Der Vertreter des Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen betonte, sein Ministerium habe bisher nur die Absicht verfolgt, die an Deutschen begangenen Verbrechen zu dokumentieren. Der neue Plan ginge weit darüber hinaus. Man begrüße ihn zwar, allerdings fehle es dem Ministerium an den dafür notwendigen finanziellen Mitteln. Die Vertreter der beiden anderen Ministerien, mit denen Diestelkamp ja schon während seines Bonner Aufenthalts gesprochen hatte, plädierten dafür, die Arbeiten auf der Grundlage des neuen Planes vom Bundesarchiv weiterführen zu lassen. Bis zu dessen Einrichtung sollte eine Überbrückungsfinanzierung gefunden werden, für die sich alle vier Ministerien einsetzen wollten.

Wichtigstes Ergebnis der Besprechung war die Entscheidung, die Dokumentation unter allen Umständen fortzuführen. Richtungsweisend war das Treffen auch in Bezug auf die ministerielle Zuständigkeit für das Vorhaben. Auf das Schreiben, das Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek<sup>87</sup> nur drei Tage nach der Besprechung an das Bundesinnenministerium richtete und das wohl einen letzten Versuch darstell-



<sup>84</sup> Dazu und zum Folgenden: BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1: Diestelkamp an den Vorstand der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften, 19. 6. 1951.

<sup>85</sup> BA Koblenz, B 150: 4171, Heft 1: Protokoll der Besprechung vom 13. 7. 1951.

<sup>&</sup>lt;sup>86</sup> Vgl. Schulze, Hans Rothfels, S. 96.

<sup>87</sup> Zu Lukaschek Hans-Ludwig Abmeier, Hans Lukaschek, in: Helmut Neubach/Ludwig Petry (Hrsg.), Schlesier des 15. bis 20. Jahrhunderts, Würzburg 1968, S. 228-235; ders., Lukaschek, Hans, in: NDB, Bd. 15, Berlin 1985, S. 514f.; Konrad Fuchs, Hans Lukaschek (1885-1960), in: Kurt G. A. Jeserich u. a. (Hrsg.), Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945, Stuttgart 1991, S. 413-416.

te, ein anderes Ministerium zur Übernahme der Dokumentation zu veranlassen<sup>88</sup>, antwortete Minister Lehr zwar mit zeitlicher Verzögerung, dafür aber um so klarer<sup>89</sup>. Das ihm nachgeordnete Bundesarchiv sei nicht in der Lage, das Projekt zu übernehmen. Zudem falle die Aufgabe, deren Bedeutung er unterstrich, gemäß der Kompetenzverteilung innerhalb der Bundesregierung in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen. Mit dieser eindeutigen Aussage war der Auftrag verbunden, den Beschluß der interministeriellen Besprechung umzusetzen. Er wurde durch Schreiben der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften und Parlamentarier verschiedener Parteien unterstrichen, die sich ebenfalls für eine Fortführung der Dokumentation aussprachen<sup>90</sup>.

Mit dieser Entscheidung erhielt die klare politische Stoßrichtung des Projektes, wie sie bereits in seinen Anfängen gegeben war, ihre regierungsamtliche Weihe. Man erklärte die Dokumentation zu einer Aufgabe von nationalpolitischer Bedeutung. Es galt, "das Unrecht von Potsdam" anzuprangern und mit Wort und Schrift für die Ostgebiete zu kämpfen. Historiker lieferten dafür nicht nur die wissenschaftlichen Argumente, sondern sie stellten auch das methodische Rüstzeug und ihre Erfahrung<sup>91</sup> zur Verfügung, die sie im Einklang mit der Politik im Rahmen der "kämpfenden Wissenschaft" in der Zwischen- und Kriegszeit gesammelt hatten.

## Ш.

Mit der offiziellen Übernahme durch das Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen wurde die Dokumentation qualitativ aufgewertet. Sie war jetzt ein Projekt der Bundesregierung, und damit war auch die finanzielle Absicherung verbunden<sup>92</sup>. Sollte aber das Material das völkerrechtliche Gewicht erhalten, wie es die Vertreter der Bundesregierung erwarteten, genügte es nicht, Berichte zu sammeln.

Die Finanzierung des Projektes beschäftigte das Ministerium noch bis Ende des Jahres 1951. Hinweise dafür liefert ein Brief Spaeth-Meykens vom 28. 9. 1951 in: BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1: Zudem scheint es mit der noch längere Zeit ungeklärten Finanzierungsfrage zusammenzuhängen, daß der erste Jahresvertrag mit den beauftragten Wissenschaftlern aufgrund der Verzögerungen im Ministerium erst Ende des Jahres 1951, nachdem die Wissenschaftliche Kommission ihre Arbeit aufgenommen hatte, unterzeichnet wurde.



<sup>88</sup> BA Koblenz, B 150: 4188, 6.5. 1952.

<sup>89</sup> Ebenda, Heft 2, 7. 9. 1951.

<sup>90</sup> BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1: Spaeth-Meyken an Diestelkamp, 28. 9. 1951.

<sup>&</sup>lt;sup>91</sup> Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, Über den geschichtswissenschaftlichen Umgang mit der Kriegsschuldfrage, in: Klaus Jürgen Gantzel (Hrsg.), Wissenschaftliche Verantwortung und politische Macht. Zum wissenschaftlichen Umgang mit der Kriegsschuldfrage 1914, mit Versöhnungsdiplomatie und mit dem nationalsozialistischen Großmachtstreben. Wissenschaftliche Untersuchungen zum Umfeld und zur Entwicklung des Instituts für Auswärtige Politik, Hamburg/Berlin 1923–1945, Berlin/Hamburg 1986, S. 1-63; Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1960 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984.

Erst wenn die Dokumente juristisch und historisch unanfechtbar waren, konnten sie den ihnen zugedachten außenpolitischen Zweck erfüllen.

Im Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen erklärte Staatssekretär Schreiber die Dokumentation zur Chefsache. Wohl weil er ihn von früher kannte - er war Anfang der dreißiger Jahre Landespräsident des Memelgebietes, nach dem Krieg Leiter des Amtes für Fragen der Heimatvertriebenen und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen93 -, vielleicht aber auch aufgrund eines Hinweises von Diestelkamp<sup>94</sup>, wandte sich Schreiber im August 1951 mit dem Problem, vor dem er mit der Dokumentation stand, an Hans Rothfels95. Eine große Rolle spielten dabei sicher auch die fachliche Kompetenz, das wissenschaftliche Renommee und das moralische Ansehen, welches der während des Nationalsozialismus emigrierte und jetzt nach Deutschland zurückgekehrte Historiker weit über die Grenzen des Faches hinaus und gerade auch in der Politik genoß. Dazu hatte wesentlich Rothfels' 1948 in den USA erschienenes, ein Jahr später auch ins Deutsche übersetzte Buch zum deutschen Widerstand gegen Hitler beigetragen<sup>97</sup>. Dem Zeittrend entgegen, aber in ungebrochener Kontinuität zu seinen in der Zwischenkriegszeit vertretenen Positionen, stand auch bereits ein 1946 veröffentlichter Aufsatz, in welchem Rothfels vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung in Ost-Mitteleuropa seit dem Mittelalter die Vertreibungen, wie sie in Potsdam legitimiert worden waren, einer sehr kritischen Bewertung unterzog%. Dabei warnte er mit Hinweis auf andere Umsiedlungen in Europa nach 1945 ausdrücklich davor, die Lösung der Minderheitenfragen durch Ausweisung zu einem Grundsatz der Politik werden zu lassen.

Rothfels wiederum verwies Schreiber an seinen Freund Theodor Schieder, der schon Mitte 1946 Briefkontakt zu Rothfels aufgenommen hatte<sup>99</sup>. Mit ihm hatte Rothfels im September 1951 anläßlich einer Tagung des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates in Marburg ausführlich, wie es in einem Brief heißt, "die bekannte



<sup>&</sup>lt;sup>93</sup> Zu Schreiber vgl. Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil III, Boppard am Rhein 1983, S. 483, Anm. 3; Wengst, Staatsaufbau, S. 150f., Anm. 94.

<sup>&</sup>lt;sup>84</sup> BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1, 27. 4. 1951. In diesem Schreiben Diestelkamps an Spaeth-Meyken fällt zum ersten Mal der Name Hans Rothfels: "Am besten wäre es natürlich, wenn man einen Mann wie Rothfels, der jetzt nach Heidelberg [sic!] kommen soll, für die Arbeit gewinnen würde (nicht jedoch Gerhard Ritter!)." Ebenda, Spaeth-Meyken an Diestelkamp, 4. 5. 1951: "Professor Rothfels wäre selbstverständlich fabelhaft, aber ich kann es mir nicht denken, daß er die Arbeit übernimmt."

<sup>95</sup> BA Koblenz, N 1188: 5, Rothfels an Schieder, 28. 9. 1951. Im Brief meint Rothfels, er fühle sich Schreiber gegenüber verpflichtet.

<sup>46</sup> Hans Rothfels, in: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hrsg. vom Institut f
ür Zeitgeschichte und von der Research Foundation for Jewish Immigration, New York/M
ünchen 1980–1983.

<sup>&</sup>lt;sup>97</sup> Hans Rothfels, The German Opposition to Hitler. An Appraisal, Hinsdale (Ill), 1948.

Hans Rothfels, Frontiers and Mass Migration in Eastern Central Europe, in: The Review of Politics 8 (1946), S. 37-67.

<sup>99</sup> GStAPK, XX HA, Rep. 99 c, Nr. 59, Schieder an Hoffmann, 29. 7. 1946; ebenda, Nr. 56, erster Brief von Rothfels an Schieder nach dem Ende des Krieges, 11. 8. 1946.

Sache besprochen" und dabei weitgehende Übereinstimmung erreicht. Es waren aber nicht allein die Geistesverwandtschaft und die guten Beziehungen<sup>100</sup>, die Rothfels bewogen, den jüngeren Kollegen ins Spiel zu bringen. Schieder hatte als Leiter der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte einschlägige Erfahrungen vorzuweisen. Die dort betriebene Sammel- und Forschungstätigkeit zu den Folgen des Ersten Weltkrieges für Ostpreußen wies eine Reihe inhaltlicher, methodischer und organisatorischer Parallelen zur Dokumentation der Vertreibung auf<sup>101</sup>.

Auch im Vertriebenenministerium dürfte Schieder aufgrund seiner Aktivitäten im Göttinger Arbeitskreis und seiner Tätigkeit für das Deutsche Büro für Friedensfragen nicht unbekannt gewesen sein. Zu einem 1950 erschienenen Band über Ostpreußen, in dem Schieder mit einem Beitrag vertreten war, schrieb Staatssekretär Schreiber als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen sogar das Vorwort<sup>102</sup>. Bei einem ersten Gespräch im Ministerium wurde Schieder um "eine gutachtliche Äußerung zum gesamten Komplex der Dokumentensammlung" gebeten, die er, ohne einen einzigen der vorliegenden Berichte gesehen zu haben, auch umgehend vorlegte<sup>103</sup>. Dabei handelte es sich nicht um ein Gutachten über das bereits gesammelte Material, sondern um Gedanken grundsätzlicher Art zu dem Vorhaben. Schieder kannte Diestelkamps Denkschrift nicht, er war aber mit dessen Argumentation aufgrund des gemeinsamen geistigen Umfeldes in der Zwischenkriegszeit vertraut. Er schlug in seinem Gutachten<sup>104</sup> keine Publikation für die breite Öffentlichkeit vor, sondern "höchstens eine solche für den vertraulichen Dienstgebrauch". Sollte das Ministerium aus politischen Gründen dennoch eine Publikation beabsichtigen, könne die Verantwortung für die Vorbereitung der Edition nicht einem einzigen Wissenschaftler aufgebürdet werden, sondern es müsse ein Gremium gebildet werden, dem neben Historikern auch ein Völkerrechtler und ein Archivar angehören sollten.

Für Schieder war die Entscheidung, sich an dem Vorhaben zu beteiligen, kein einfacher Entschluß. "Ich selbst", hieß es in einem Brief an Rothfels vom 26. September 1951, "sehe zwar dieser Tatsache mit sehr gemischten Gefühlen entgegen, aber die Dinge waren an einem Punkt angelangt, wo ich nicht mehr in der Lage war, frei zu

Genaueres konnte bisher nicht ermittelt werden. Manches spricht dafür, daß es sich dabei um eine erste Fassung des vorhandenen Gutachtens Schieders vom 1. 10. 1951 handelt (vgl. Anm. 107). Einiges vom Inhalt des ersten Gutachtens läßt sich aus dem Brief Schieders an Rothfels vom 26. 9. 1951 erschließen.



Das besondere Verhältnis zwischen Hans Rothfels und Theodor Schieder spiegelt nicht zuletzt dessen Hommage aus Anlaß des 70. Geburtstags von Hans Rothfels wider. Vgl. Theodor Schieder, Zum 70. Geburtstag von Hans Rothfels, in: VfZ 9 (1961), S. 117–123.

Vgl. Theodor Schieder, Die Aufgaben der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte, in: Der ostpreußische Erzieher 48 (1935), S. 750-752; Aly, Rückwärtsgewandte Propheten; Beer, Landesstelle.

Vgl. Theodor Schieder, Die großen Momente der ostpreußischen Geschichte, in: Wir Ostpreußen, hrsg. von Gunther Ipsen, eingeleitet von Ottomar Schreiber, Salzburg 1950, S. 349–366. Der Beitrag beruht auf den Forschungen, die Schieder im Rahmen der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte durchgeführt hatte.

<sup>103</sup> BA Koblenz, N 1188: 5, Schieder an Rothfels, 26. 9. 1951.

wählen. Man mußte fürchten, daß die Publikation in einem reisserischen Sinne herauskäme und dann sehr problematische Wirkungen hervorrufen würde"<sup>105</sup>. Der Sinn einer solchen Publikation und das mit ihr angestrebte politische Ziel standen auch für Schieder außer Zweifel. Die entscheidende Frage aber lautete, welches die dafür geeignetste Form war. Jene dezidiert propagandistische, welche dem Ministerium offenbar immer noch vorschwebte, konnte Schieder im Einvernehmen mit Rothfels nicht gutheißen. Und gerade weil er sie ablehnte, entschied er sich für eine Teilnahme an dem Projekt. Er wollte es wissenschaftlich ausrichten, ohne ihm damit seine politische Zielrichtung zu nehmen. Im Gegenteil, ihr Wert wurde durch die Autorität der Wissenschaft und ihrer prominenten Vertreter noch vergrößert. Des damit verbundenen Zwiespaltes war sich Schieder bewußt. Gegenüber Rothfels, der seinerseits die Wichtigkeit der Aufgabe unterstrich<sup>106</sup>, meinte er über das Projekt: "Das Dilemma aller deutschen Dinge zeigt sich bei jeder Gelegenheit wieder als ein unaufhebbares." Aus dieser Zwangslage grundsätzlicher Art sollte Schieder und mit ihm das Projekt während der gesamten zehn Jahre nicht herauskommen.

Anfangs sah es freilich anders aus. Schreiber erklärte sich im Grundsatz mit Schieders Vorschlägen einverstanden und beauftragte ihn mit einem ausführlichen Gutachten, das am 1. Oktober vorlag und den Titel "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten"107 trug. In dem Gutachten hieß es: Um die Dokumentensammlung wissenschaftlich und politisch nutzbar machen zu können, sei es in einem ersten Schritt erforderlich, sie einer Prüfung nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu unterziehen. Dabei gelte es erstens, nach besonders strengen Maßstäben, die im einzelnen erläutert wurden, die Echtheit und den Aussagewert der Dokumente zu ermitteln, und zweitens, wenn nötig, nach Ergänzungsmöglichkeiten zu suchen. Ausführlich ging Schieder auf den seiner Ansicht nach erforderlichen dritten Arbeitsgang ein, die Auswertung des gesicherten, überprüften und ergänzten Materials. Probleme sah er in der besonderen Art dieser Dokumente und in den politischen und psychologischen Wirkungen, die sie auslösen konnten. Fest stand für ihn, daß alle erreichbaren Unterlagen über "eine der größten Katastrophen in der Entwicklung des deutschen Volkes unter allen Umständen der Nachwelt erhalten und der in- und ausländischen Mitwelt wenigstens teilweise zugänglich gemacht werden" mußten. Er schlug dafür alternativ drei Wege vor: Erstens die Publikation ausgewählter Dokumente in Buchform, was den Vorteil hätte, auch die Weltöffentlichkeit mit Nachdruck auf bisher zum größten Teil verschwiegene Dinge aufmerksam machen zu können. Damit "könnte im geeigneten Moment ein gewisser Stimmungsumschwung zugunsten des deutschen Volkes vor allem in der Frage der Gebiete östlich



<sup>105</sup> BA Koblenz, N 1188: 5, Schieder an Rothfels, 26. 9. 1951.

<sup>106</sup> Ebenda, Rothfels an Schieder, 28. 8. 1951.

BA Koblenz, B 106: 27733, Gutachten vom 1. 10. 1951. Neben seinem Aufbau und seiner Struktur weist die Ausarbeitung formale Parallelen zu früheren Gutachten Theodor Schieders aus der Zwischen- und Kriegszeit auf. Auch fällt auf, daß der Titel des Gutachtens identisch ist mit jenem Adolf Diestelkamps vom 22. 5. 1951 (wie Anm. 79).

der Oder und Neiße z. B. in den USA hervorgerufen werden". Schieder war sich dessen bewußt, daß eine solche Publikation heftige Gegenpropaganda von tschechischer und polnischer Seite hervorrufen würde und bei den Heimatvertriebenen zu Reaktionen führen konnte, wie sie durch die Charta der Heimatvertriebenen gerade ausgeschlossen werden sollten, nämlich Rache und Vergeltung.

Eine zweite Möglichkeit sah Schieder in einer amtlichen Publikation in der Art eines Weißbuches, die von vornherein über jeden Verdacht propagandistischer Absicht erhaben sei. Auch eine solche Publikation könne bis zu dem Moment zurückgehalten werden, "in dem bestimmte politische Voraussetzungen eingetreten sind, so etwa, wenn im Falle von Friedensverhandlungen die Notwendigkeit für die deutsche Politik entsteht, nachweisen zu müssen, daß die Vertreibung nicht ,human und in ordnungsgemäßen Formen' im Sinne des Potsdamer Abkommens erfolgt ist". Für ein solches Weißbuch empfahl er eine knappe wissenschaftliche Einleitung, aus der u. a. "das Jahrhunderte alte Heimatrecht der Deutschen in den Ostgebieten klar hervorginge, [...] und die Gefahren bezeichnet würden, die bei einer widerspruchslosen Hinnahme der Vertreibung durch die Völker der westlichen Welt für das Zusammenleben der Nationen in Europa und darüber hinaus entstehen würden". Schließlich könnten in diesem Zusammenhang auch Belege präsentiert werden, "die die bolschewistische Herkunft des Vertreibungsprogramms ausweisen". Nach der Einleitung sollten, wie in einer wissenschaftlichen Edition üblich, sorgfältig ausgewählte, durch sachdienliche Hinweise ergänzte und kommentierte Dokumente folgen. Zudem regte er eine volle oder zumindest teilweise englische und französische Übersetzung an. Für den Fall, daß sich eine solche Edition als undurchführbar erweisen sollte, dachte Schieder drittens daran, eine Vervielfältigung der Dokumente durch Filmaufnahmen vorzunehmen. Als Bearbeiter schlug Schieder die bereits bekannten Persönlichkeiten der Wissenschaftlichen Kommission vor (also Diestelkamp, Laun, Rassow, Rothfels und Schieder selbst), dazu noch einen kleinen Arbeitsstab, der in Bonn die Sichtungsund Editionsarbeiten durchführen sollte. Die Zusammensetzung des kleinen wissenschaftlichen Gremiums zur kollegialen Beratung war nicht zufällig. Sie unterstrich vielmehr die Zielsetzungen des Projektes, wie sie im Gutachten entworfen worden waren. Neben Historikern mit einschlägiger Erfahrung gehörten ihr wegen der Quellenproblematik ein Archivar und, angesichts der mit der Dokumentation verbundenen völkerrechtlichen Fragen, ein auf diesem Gebiet ausgewiesener Jurist an.

Mit dem Gutachten, das auf deutlich erkennbaren Nützlichkeitserwägungen fußte, legte Schieder einen Projektaufriß vor, der, ohne daß sein Autor davon Kenntnis gehabt hätte, den Faden von Diestelkamps Denkschrift fortspann und ihn zugleich konkretisierte. Es war jetzt nicht mehr von der "Dokumentation der Unmenschlichkeit", sondern von der "Dokumentation der Vertreibung" die Rede. Nicht einzelne Vergehen an Deutschen galt es zu dokumentieren, sondern eines der folgenschwersten Ereignisse der europäischen Geschichte überhaupt. Doch auch diese neue Akzentsetzung deckte sich, was die Ziele der Dokumentation anging, mit den Absichten der politisch Verantwortlichen, die sich nun auf eine wissenschaftlich unterfütterte Grundlage stützen konnten. Damit war der gemeinsame Nenner für eine Zusammen-



arbeit gegeben. Im Ministerium fand das Gutachten einschließlich der personellen Empfehlungen volle Zustimmung, wobei man sich für den auch von Schieder favorisierten zweiten Vorschlag entschied, allerdings mit der Einschränkung, daß das vom Ministerium herauszugebende "Weißbuch" nicht im Buchhandel erscheinen sollte<sup>108</sup>. Schieder wurde beauftragt, sich im Namen des Ministeriums an die von ihm vorgeschlagenen Wissenschaftler zu wenden und sie zur Mitarbeit an der "Dokumentation der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten" einzuladen. Im Einladungsschreiben wurde das erste Treffen noch für Oktober 1951 festgesetzt.

Rothfels, an dessen Mitarbeit Schieder besonders gelegen war, stimmte erst nach eindringlichem Bitten Schieders zu, der Wissenschaftlichen Kommission beizutreten. Neben den persönlichen Beziehungen gab dafür den Ausschlag, daß Rothfels das Projekt für wichtig hielt, es gemeinsam mit Schieder in die ihrer Meinung nach richtige Richtung lenken wollte und sich davon auch selbst einiges versprach: "Es ist ja immerhin auch nützlich, als mir dann ein Dreieck Königsberg – Chicago – Tübingen und der Sache von einigem Nutzen sein kann." Als "dankenswerte Beigabe" betrachtete er es, daß die Dokumentation "den Königsbergern" die Gelegenheit bot, "in so gutem Kontakt" bleiben zu können<sup>109</sup>. Peter Rassow, der Schieders Kollege in Köln und zudem aus seiner Lehrtätigkeit in Breslau gut mit Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek bekannt war, folgte der Einladung Schieders ebenso wie Laun und Diestelkamp. Laun verwies dabei auf sein besonderes Interesse an der Materie<sup>110</sup>, und Diestelkamp hoffte darauf, die Dokumentation im Sinne seiner eigenen Überlegungen beeinflussen zu können<sup>111</sup>.

Beim ersten Treffen am 15. Oktober 1951 in Bonn waren neben Vertretern des Ministeriums bis auf den plötzlich schwer erkrankten Schieder und Laun, der sich im Ausland befand, alle Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission und die drei Sammler anwesend. Staatssekretär Schreiber eröffnete die Sitzung<sup>112</sup>. Er vertrat den Standpunkt, das bereits vorhandene Material sei quantitativ und qualitativ so reichhaltig, daß, nach Sichtung und Prüfung, eine Veröffentlichung gerechtfertigt sei. Ziel des Treffens sei es, die dafür notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Von der nach rein sachlichen Gesichtspunkten ausgewählten Kommission, deren Mitglieder er aber zugleich "gewissermaßen auch als Vertreter eines Gebietes der verlorenen Ost-



<sup>108</sup> Daß man sich für die zweite von Schieder vorgeschlagene Variante entschieden hatte, ergibt sich aus dem Inhalt der Einladungsschreiben. Vgl. dazu BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1: Schieder an Diestelkamp, 2.10. 1951.

<sup>109</sup> BA Koblenz, N 1188: 5, Schriftwechsel zwischen Rothfels und Schieder, 28. 9. und 2. 10. 1951.

Ebenda, N 1188: 70, Schieder an Rudolf Laun und Antwort, 2. 10. 1951, 4. 10. 1951; ebenda, B 106: 27733, Laun an das Ministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen, 11. 10. 1951. Vgl. auch Rudolf Laun, Aufgaben der Rechtsgeschichte, in: Kurt Bussmann/Nikolaus Grass (Hrsg.), Festschrift für Karl Haff zum siebzigsten Geburtstag dargebracht, Innsbruck 1950, S. 137–142, wo Laun auf die Notwendigkeit hinweist, eine Dokumentation der Vertreibung zu erarbeiten.

<sup>&</sup>lt;sup>111</sup> BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1: Schriftwechsel Diestelkamps mit Schieder und Spaeth-Meyken, 2. 10. und 3. 10. 1951.

<sup>112</sup> BA Koblenz, B 106: 27733, Protokoll der Besprechung vom 15. 10. 1951.

gebiete" ansah, seien "Grundsätze zu entwickeln, so daß dieses Material als historisch einwandfrei gelten und jeder sachlichen Kritik standhalten kann, wobei es in seiner Sachlichkeit jeden Verdacht, als handle es sich hier um eine propagandistische Aktion, von vornherein ausschalten müsse - es handle sich mit anderen Worten um eine kritische Herausgabe von Urkundenmaterial und Zeugenaussagen". Zugleich forderte er dazu auf, die Arbeiten umgehend aufzunehmen, da man vor tiefgreifenden politischen Veränderungen stehe, "zu deren Beeinflussung ein ausbalanciertes Dokumentenmaterial den offiziellen deutschen Stellen für das kommende Jahr zur Verfügung stehen sollte". Das "umso mehr, als das deutsche Flüchtlingsproblem auf dem besten Weg sei, von verschiedenen ausländischen politischen Gremien als weltwichtiges Problem anerkannt zu werden". Rassow unterstrich die Notwendigkeit, auf eine besonders strenge Auswahl der Dokumente zu achten, Diestelkamp verwies auf die noch vorhandenen großen Lücken, während Rothfels betonte, daß das Material nicht zu propagandistischen Zwecken mißbraucht werden dürfe. Zugleich forderte er eine Klärung des Zwecks der Dokumentensammlung. Diesen umschrieb Schreiber mit "Sicherung des geschichtlichen Materials [...], wobei die Sicherung der wissenschaftlichen Authentizität im Vordergrund stehe". Eine Verwendung des Materials zu politischen Zwecken würde von der Lage des Falles abhängen. Zunächst gelte es, die Dokumente unter dem Kriterium der wissenschaftlichen Authentizität zu sichten.

Bereits zehn Tage später legte Schieder, dem völlige wissenschaftliche Freiheit zugesichert worden war, einen "Arbeitsplan für die Authentifizierung des Materials der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" vor; eine Auswahl davon war ihm am 12. Oktober ans Krankenlager gebracht worden<sup>113</sup>. Die "Authentifizierung" bildete die im ersten, bis Ende März 1952 laufenden Werkvertrag festgeschriebene Arbeit der Wissenschaftlichen Kommission. Zudem sollten in einem Schlußgutachten die dafür maßgeblichen Grundsätze und die angewandten Methoden offengelegt, die Ergebnisse vorgestellt sowie Vorschläge darüber gemacht werden, wie das Projekt fortzuführen war. Geprüft werden sollte nur das bereits vorhandene alte Material, nicht aber die Dokumente, die von eigens eingestellten Sammlern neu beschafft wurden. Dabei ergab sich bereits bei der ersten Durchsicht, die seit dem 5. November in einer im Ministerium eingerichteten Arbeitsstelle erfolgte<sup>114</sup>, "viel Problematisches". Gerade deshalb war Schieder froh, wie er sich gegenüber Rothfels äußerte, daß er, anders als die ursprünglichen Vorstellungen der Ministerialen, "die Aufgabe so habe stellen können, daß der gesamte Vorgang der Vertreibung, nicht etwa nur die "Unmenschlichkeiten" an sich, dokumentarisch belegt" werden sollten<sup>115</sup>.

Aber genau das stieß auf Schwierigkeiten. Denn die alten Berichte waren fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der "Unmenschlichkeit" gesammelt worden<sup>116</sup>.

<sup>116</sup> Ebenda, N 1188: 92, Protokoll der Besprechung des Arbeitsstabes vom 26. 11. 1951, bei der Adolf



<sup>&</sup>lt;sup>113</sup> Ebenda, Protokoll der Besprechung Theodor Schieders mit dem zuständigen Vertreter des Vertriebenenministeriums von Wilpert vom 25. 10. 1951.

<sup>114</sup> Ebenda, Schieder an Bundesminister Lukaschek, 2. 11. 1951.

<sup>115</sup> BA Koblenz, N 1188: 5, Schieder an Rothfels, 17. 11. 1951.

. Das Ministerium hatte, wie sich bald herausstellte, die Sammler entsprechend der Zahl der in einem Bericht enthaltenen Fälle wie etwa Mord, Totschlag oder Vergewaltigung honoriert117. Dadurch ergaben sich schwerwiegende quellenkritische Probleme, zumal der Wissenschaftlichen Kommission im ersten Vertrag kein Einfluß auf Art und Methode des Sammelns weiterer Berichte eingeräumt worden war<sup>118</sup>. Doch mit dem im Arbeitsstab selbst entwickelten Verfahren, der "Methode zur kritischen Dokumentenbearbeitung", die Martin Broszat auf Anregung von Hans Rothfels 1954 in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte vorstellte<sup>119</sup>, hatte man bald ein zuverläßiges Instrumentarium an der Hand, mit dem man die methodischen Probleme in den Griff bekam. Danach wurden die Berichte, zunächst jene für Ostpreußen, in einem ersten Schritt authentifiziert (d. h. ihre Echtheit wurde zweifelsfrei festgestellt), in einem zweiten verifiziert (d. h. auf ihre Glaubwürdigkeit befragt) und in einem dritten Schritt auf ihre Verwendbarkeit im Sinne der Gesamtanlage der Dokumentation hin geprüft. Dabei stand nicht das individuelle Schicksal im Mittelpunkt, welches ein Bericht widerspiegelte. Es ging um für das gesamte Vertreibungsgeschehen typische Vorgänge<sup>120</sup>.

Schwerwiegender als das Problem der in jedem Fall nach klaren Richtlinien zu ergänzenden Quellenbasis war ein anderes Ergebnis der Überprüfung. Schieder und der Wissenschaftlichen Kommission wurde nämlich klar, daß die anvisierte politische Wirkung nur dann zu erzielen war, wenn man sich nicht auf die Präsentation der quellenkritisch geprüften Berichte beschränkte, sondern auch "die in ihrem Zusammenhang noch nicht historisch dargestellten Voraussetzungen"<sup>121</sup> erarbeitete und das Vertreibungsgeschehen so in den Rahmen der übergeordneten Ereignisse einbettete und erklärte. Deshalb sprach sich die Wissenschaftliche Kommission gegenüber dem Ministerium dafür aus, die zukünftigen Verträge in diese Richtung auszuweiten<sup>122</sup>; diese Ansicht wurde auch im Abschlußgutachten nochmals deutlich herausge-



Diestelkamp anwesend war. Vgl. auch den Bericht Schieders vom 1. 4. 1952 an das Bundesvertriebenenministerium, in dem es heißt: "Der zu enge Gesichtspunkt der Unmenschlichkeit, von dem die Sammlung des Dokumentationsmaterials anfänglich beherrscht war, hat dazu beigetragen, daß die Tendenz zur Akzentuierung der Gewaltverbrechen und zur Beschränkung auf besonders krasse Fälle von Unmenschlichkeit beschränkt wurde." In: BA Koblenz, B 150: 4187, Heft 2.

<sup>&</sup>lt;sup>117</sup> BA Koblenz, N 1188: 92, Protokoll der Besprechung vom 16. 6. 1952.

<sup>&</sup>lt;sup>118</sup> BA Koblenz, N 1228, Rundbrief Nr. 1 vom 3. 12. 1951. Es sollten bis zum Abschluß des Projektes noch weitere 171 Rundbriefe folgen.

Martin Broszat, Massendokumentation als Methode zeitgeschichtlicher Forschung, in: VfZ 2 (1954), S. 202–213. Vgl. dazu auch den umfassenden Bericht Schieders: "Zur Methode der kritischen Dokumentenbearbeitung", in: BA Koblenz, B 106: 27733, 7. 2. 1952.

<sup>120</sup> Theodor Schieder, Zum gegenwärtigen Verhältnis von Geschichte und Soziologie, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 3 (1952), S. 27-32; ders., Der Typus in der Geschichtswissenschaft, in: Studium Generale 5 (1952), S. 228-234; ders., Unterschiede zwischen historischer und sozialwissenschaftlicher Methode, in: Festschrift für Hermann Heimpel, Göttingen 1971, S. 1-27.

<sup>&</sup>lt;sup>121</sup> BA Koblenz, N 1228: 111, Rundschreiben Nr. 4 vom 4. 2. 1952, und ebenda, N 1188: 5, Rothfels an Schieder, 1.1. 1952.

<sup>122</sup> BA Koblenz, B 150: 4172, Bericht vom 20. 2. 1952.

strichen<sup>123</sup>. Damit tat die Kommission endgültig den Schritt weg von dem Plan, das Vertreibungsgeschehen allein in seiner Unmenschlichkeit zu erfassen, hin zu einer "Dokumentation, die das Gesamtschicksal der ostdeutschen Bevölkerung im Endstadium des Krieges in all seinen wesentlichen Phasen [...] und die vorgehende Entwicklung" mit einbezog. Das Ministerium konnte, wenn auch nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten, für diese Argumentation und die sich daraus ergebenden Folgen gewonnen werden<sup>124</sup>. Spätestens seit Mitte 1952 stand also fest, daß die nach dem Maßstab strenger wissenschaftlicher Objektivität<sup>125</sup> ausgewählten Dokumente publiziert werden sollten, in etwa zwei Bänden für jedes der drei Gebiete – Nordosten, Südosten, Sudetenland<sup>126</sup> – und mit einem eigenen Einleitungsband, in dem die notwendige historische Einordnung geleistet werden sollte<sup>127</sup>. Längere Berichte sollten als gesonderte Publikationen in der Reihe veröffentlicht werden. Das Ministerium drängte darauf, daß das finanziell und personell aufgestockte Vorhaben möglichst bald konkrete Ergebnisse vorwies, um die jedes Jahr neu zu beantragenden Mittel sicherstellen zu können.

Als erstes wurden die Bände über die Gebiete östlich der Oder und Neiße in Angriff genommen, die die Wissenschaftliche Kommission bis zum März 1953 vorlegen wollte. Dafür galt es, Kriterien der Auswahl, Grundsätze der Anordnung und ein einheitliches Schema für die schwierigen editorischen Fragen zu entwickeln<sup>128</sup>. So entschied man sich z. B. nach langer Diskussion, die zu edierenden Dokumente nach sachlichen Gesichtspunkten zusammenzufassen und chronologisch zu präsentieren, anstatt sie nach Provinzen zu ordnen. Von der größeren Massierung versprach sich nicht nur Schieder eine höhere Wirksamkeit und Beweiskraft der Dokumente<sup>129</sup>. Nachdem es noch ernsthafte Auseinandersetzungen mit dem Ministerium wegen der Überschreitung des vereinbarten Abgabetermins gegeben hatte, lag Anfang Juni 1953 das Typoskript der beiden ersten Bände vor. Im Vorwort wurden Ziel, Plan und Anlage der gesamten Reihe erläutert. Die einleitende Darstellung war eine Paraphrase der edierten Berichte, die sich auf die Jahre 1944 bis 1949 bezogen. Sie war als Führer



Ebenda, B 150: 4187, Heft 2: Abschlußbericht Schieders vom 1. 4. 1952. Daraus ist auch das folgende Zitat entnommen.

<sup>&</sup>lt;sup>124</sup> Vgl. dazu die beiden Aktenvermerke des für die Dokumentation zuständigen Beamten im Ministerium, in: Ebenda, B 150: 4188, Heft 2, vom 6. 5. 1952, und B 106: 27733, vom 23. 2. 1953.

Vgl. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 201–206. Schulze spricht von einer Flucht in die Objektivität angesichts fehlender Wertmaßstäbe. Andererseits fällt auf, daß die synonym gebrauchten Begriffe "Wissenschaftlichkeit" und "strenge Objektivität" auch in der Zwischenkriegszeit Referenzpunkte für die kämpfende Geschichtswissenschaft waren.

Die Reihenfolge wurde zum einen durch die Priorität bestimmt, welche den Gebieten östlich von Oder und Neiße eingeräumt wurde. Zum anderen durch das bereits erschienene Sudetendeutsche Weißbuch, von dem man sich zwar distanzierte, aber angesichts der vorliegenden Publikation den Handlungsbedarf geringer einschätzte. Vgl. dazu Dokumente zur Austreibung.

BA Koblenz, B 150: 4172, Protokoll der Besprechung vom 12. 7. 1952. Hier werden beide Begriffe, "Einleitungsband" und "Ergebnisband", verwendet. Vgl. auch BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1, 11. 7. 1952.

<sup>128</sup> BA Koblenz, N 1228: 111, Rundschreiben Nr. 17 und 21 vom 26. 9. und 17. 12. 1952.

<sup>129</sup> Ebenda, Rundschreiben Nr. 17 vom 26. 9. 1952.

durch die Dokumente gedacht, der es erlauben sollte, sie in einen größeren Zusammenhang zu stellen. In dieser Form wurde das Typoskript dem Auswärtigen Amt zur Begutachtung vorgelegt, welches keine Einwände vorbrachte<sup>130</sup>. Die Vertreter des Bundesvertriebenenministeriums begrüßten dies; sie versprachen sich von der schnellen Publikation eine günstige innenpolitische Wirkung und drängten darauf, die Bände noch vor der Bundestagswahl zu veröffentlichen<sup>131</sup>.

Dieses Ziel ließ sich nur unter erheblichem Aufwand erreichen. Rothfels schrieb. "ihr müßt wie die Pferde gearbeitet haben"132. Schieder war nicht ganz wohl dabei. "Sie wissen", meinte er in einem Brief an Hans Booms, den damaligen Leiter des Arbeitsstabes, "daß auch ich es viel lieber gesehen hätte, wenn unser Opus nicht unter dem Zeichen der Politik gestanden hätte. Jedoch läßt sich von unserer Seite nichts dagegen machen, da schließlich das Bundesministerium sein Geld auch politisch arbeiten lassen will."133 Doch das hinderte ihn nicht daran, der Bitte des politisch angeschlagenen Staatssekretärs nachzukommen und diesen sowie seinen nicht weniger in der Schußlinie der Vertriebenen-Verbände stehenden Minister Hans Lukaschek<sup>134</sup> im Vorwort lobend und namentlich zu erwähnen<sup>135</sup>. Vierhundert der frisch gedruckten Bände ließ Lukaschek auf dem Bremer Historikertag des gleichen Jahres kostenlos verteilen<sup>136</sup>. In der Presseerklärung des Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen - sie trug den bezeichnenden Titel "Gesichtspunkte für die Beurteilung der Dokumentation der Vertreibung" - hieß es zu den Gründen, ein solches Werk zu publizieren: "Der Plan [...] entsprang der Erkenntnis, daß immer wieder ausländische Veröffentlichungen über dieses Thema mit tendenziös-antideutschem Inhalt das Ohr finden, während es eine wichtige deutsche Aufgabe ist, die Tatsachen dieses geschichtlichen Vorgangs sicherzustellen und der Welt zur Kenntnis zu bringen."137 Man machte sich damit die Argumente zu eigen, mit welchen die Historiker das Projekt wissenschaftlich begründet hatten. In Anwesenheit des Vertriebenenministers und des Leiters der Wissenschaftlichen Kommission, Theodor Schieder, wurden die Bände am 16. September 1953 in Bonn in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Einleitend<sup>138</sup> erteilte Schieder unter Berufung auf die Charta der Heimatvertriebenen jeglichem Willen zur Anklage und Aufrechnung eine klare Absage. Die



<sup>130</sup> BA Koblenz, B 150: 4171, Heft 1, Auswärtiges Amt an das Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen, 22. 8. 1953.

<sup>131</sup> BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1: Hans Booms an Diestelkamp, 5. 8. 1953.

<sup>132</sup> BA Koblenz, N 1188: 5, Rothfels an Schieder, 26. 8. 1953.

<sup>133</sup> Ebenda, N 1188: 41, Schieder an Booms, 5. 8. 1953. Schieder schrieb am 17. 8. 1953 aus seinem Urlaubsort in der Schweiz an Diestelkamp: "Ich mußte mich beugen." In: BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-2, Heft 1.

<sup>&</sup>lt;sup>134</sup> Vgl. dazu Wengst, Staatsaufbau, S. 258-262; Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, München 1964, S. 187-198.

<sup>135</sup> BA Koblenz, N 1188: 41, Booms an Schieder, 6. 8, 8. 8. und 11. 8. 1953.

<sup>&</sup>lt;sup>136</sup> Ebenda, B 150: 4172, Besprechung der wissenschaftlichen Kommission mit Minister Lukaschek am 11. 9. 1952; ebenda, N 1188: 69, Diestelkamp an Schieder, 12. 9. 1953.

<sup>137</sup> BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 712-3, Presseerklärung, 16. 9. 1953.

<sup>138</sup> Vgl. Dokumentation der Vertreibung, Bd. I, 1, S. I-VII.

Kommission habe sich von unbestechlicher Wahrheitsliebe leiten lassen und so quellenkritisch unanfechtbares Material von objektivem historischen Wert vorgelegt.

Mit den beiden ersten Bänden war das Modell für die folgenden Bände geschaffen; in der Reihenfolge ihrer Publikation waren dies: Ungarn, Rumänien, Tschechoslowakei und Jugoslawien. Die z. T. schwierige Zusammenarbeit mit dem Ministerium in der zweiten Hälfte der ersten Legislaturperiode<sup>139</sup> verbesserte sich in den folgenden Jahren deutlich. In einer Entschließung vom Juni 1953 forderte der Bundestag, den Ostproblemen gerade im Hinblick auf die deutsche Außenpolitik besondere Aufmerksamkeit zu schenken<sup>140</sup>. Damit wurde auch die politische Bedeutung der Dokumentation der Vertreibung unterstrichen. Hinzu kam eine für die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission unerwartet günstige personelle Veränderung an der Spitze "ihres" Ministeriums. Am 20. Oktober 1953 beglückwünschte Theodor Schieder den neu ernannten Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte im Namen von dessen alten Freunden zur Ernennung: "Lieber Theo Oberländer! [...] Es fügt sich sehr eigentümlich, daß wir nach 25 Jahren unserer Bekanntschaft uns nun wieder auch in Deiner neuen Funktion in einer gemeinsamen Arbeit begegnen [...] und ich möchte meinen, daß man in unseren alten persönlichen Beziehungen einen guten Stern für die Sache selbst sehen darf."<sup>141</sup> Die engen Beziehungen und das Vertrauensverhältnis zwischen beiden gingen auf die Königsberger Zeit zurück. Oberländer war damals nomineller Leiter der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte und damit Vorgesetzter Schieders gewesen. Auch nach Kriegsende standen beide wieder in regem Austausch. Hinzu kam, daß mit Gerhard Wolfrum ein Schüler von Rothfels, der zugleich eine ehemalige wissenschaftliche Hilfskraft von Schieder an der Forschungsstelle für Nachkriegsgeschichte in Königsberg gewesen war und zu dessen Duzfreunden zählte, zum persönlichen Referenten des Ministers ernannt wurde. Auch diese Verbindung hatte das Kriegsende unbeschadet überlebt<sup>142</sup>. Nach dem frühen Tod Adolf Diestelkamps, an dessen Stelle auf Vorschlag Schieders 1956 sein Freund und Rothfels-Schüler Werner Conze berufen wur-

<sup>&</sup>lt;sup>142</sup> BA Koblenz, N 1188: 3 und N 1188: 71. Als Schieder von der Ernennung Gerhard Wolfrums erfuhr, schrieb er am 21. 10. 1953 an Rothfels: "... und schließlich ist die Sache auch für uns nicht ganz ohne Bedeutung". In: Ebenda, N 1188: 5.



<sup>&</sup>lt;sup>139</sup> Fast zeitgleich mit dem Erscheinen der ersten Bände kam es zu einer ernsthaften Krise, die sich an der Forderung des Ministeriums entzündete, die noch ausstehenden Bände im Rahmen eines Jahresvertrages vorzulegen. Erst Anfang Oktober 1953 gelang es Lukaschek, die Wogen zu glätten.

<sup>&</sup>lt;sup>140</sup> Das Parlament Nr. 23, 10. 6. 1953, Entschließung des Bundestages vom 3. 6. 1953.

BA Koblenz, N 1188: 71, Schieder an Theodor Oberländer, 20. 10. 1953. Einen Tag später schrieb Schieder an Rothfels, er habe vor 14 Tagen ein langes Gespräch mit Oberländer geführt und "ihn dabei auf unsere Sache eingestellt. Da er von früher sehr viel Vertrauen zu mir hat, war dies nicht allzu schwierig." Ebenda, N 1188: 5. Ein Glückwunschschreiben sandte Schieder auch am 30. 10. 1957 an Oberländer anläßlich dessen Wiederernennung als Bundesvertriebenenminister. Darin gab er seiner Hoffnung auf eine auch künftig reibungslose Zusammenarbeit Ausdruck. Ebenda, N 1188: 71. Die schriftlichen Kontakte der beiden nach 1945 lassen sich schon ab 1946 nachweisen. Vgl. dazu auch das Interview mit Theodor Oberländer vom 13. 5. 1997.

de<sup>143</sup>, wurde die Dokumentation fast ausschließlich eine Domäne des Königsberger Kreises, dessen wissenschaftliches und politisches Netzwerk seit Anfang der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik rekonstruiert war.

Trotz der günstigen politischen und personellen Konstellation und obwohl die grundsätzlichen methodischen und editorischen Fragen schon bei der Erarbeitung der ersten Bände geklärt worden waren, verzögerte sich das Erscheinen der folgenden Bände der Reihe weit über die ursprüngliche Planung hinaus. Dafür waren eine Reihe von Gründen verantwortlich. Angesichts der dünnen und, wie es sich herausstellte, unzulänglichen Quellenbasis für diese Bände war es erforderlich, unter Vorgabe klarer Richtlinien neue Zeitzeugenberichte zu sammeln<sup>144</sup>. Zeitraubende Reisen und Recherchen wurden damit notwendig. Polnische Gesetze und Verordnungen mußten ebenso übersetzt werden wie die Akten in südosteuropäischen Sprachen. Dafür geeignete Bearbeiter waren schwer zu finden. Auf sie war man aber angewiesen, weil sich die Wissenschaftliche Kommission in den Einleitungen der folgenden Bände nicht mehr auf die Paraphrase der edierten Berichte beschränken, sondern dem jeweiligen historischen Kontext sowie den spezifischen Voraussetzungen der Vertreibung ein immer größeres Gewicht einräumen wollte. Um die oft vor dem Ersten Weltkrieg liegenden vielschichtigen Prämissen und die nationalsozialistisch geprägte Volksgruppenpolitik in den einzelnen Staaten darstellen zu können, mußten angesichts der damals fehlenden Vorarbeiten umfangreiche Literatur- und Quellenstudien getrieben werden<sup>145</sup>, denen freilich im Kalten Krieg enge Grenzen gesetzt waren. Gerade vor diesem Hintergrund sind die sehr ausgewogenen und gewichtigen Einleitungen zu den Ungarn-, Rumänien- und Jugoslawienbänden zu sehen.

Ein zusätzlicher Zeit- und Arbeitsaufwand ergab sich aus dem Wunsch des Ministeriums (das dabei eine Anregung Schieders aus seinem ersten Entwurf zur Dokumentation aufgriff), von den einzelnen Bänden gekürzte Ausgaben in englischer Sprache zu veröffentlichen. Zwar riet die Wissenschaftliche Kommission jetzt nachdrücklich davon ab, weil sie befürchtete, die Auswahl würde zu Lasten der Ausgewogenheit der Bände gehen, doch konnte sie nicht umhin, dem Anliegen des Ministeriums zu entsprechen<sup>146</sup>. Neben den einzelnen Bänden und den englischen Ausgaben wurden zudem im Laufe der Zeit drei Beihefte herausgegeben. Zwar war der Aufwand hier geringer als bei den Hauptbänden, und die Beihefte stellten einen öffentlichkeitswirksamen Nach-



<sup>143</sup> Ebenda, N 1188: 114, Rundschreiben Nr. 53 und 54 vom 11. 3. und 5. 4. 1955.

<sup>144</sup> So heißt es z. B. schon im Rundschreiben Nr. 16 vom 9. 9. 1952: "Jetzt sollte gerade betont werden, daß der Interviewmethode bei der Sammlung größerer Raum eingeräumt wird, wobei auch alle Erfahrungen, die damit bei ähnlichen zeitgeschichtlichen oder auch soziologischen Aufstellungen gemacht worden sind, verwertet werden sollen." Ebenda, N 1228: 111.

Als besonders ergiebig erwiesen sich Völkerbundarchiv und -bibliothek in Genf. Auf sie hatte Vincent Kroll, ein Schüler Schieders und Mitglied des Arbeitsstabes der Dokumentation seit Juni 1954, bereits bei den Recherchen zu seiner Dissertation "Die Genfer Konvention betreffend Oberschlesien vom 15. Mai 1922" zurückgegriffen. Vgl. auch das am 12. 11. 1997 mit Vincent Kroll geführte Interview.

<sup>146</sup> BA Koblenz, N 1228: 111, Rundschreiben Nr. 53 und 78, 11. 3. 1955 und 17. 7. 1956.

weis für den kontinuierlichen Fortgang der Arbeiten an der Dokumentation dar. Doch auch sie machten Arbeit und trugen dazu bei, daß das Gesamtvorhaben sich verzögerte.

Am Rande sei nur erwähnt, daß sich an zwei der Beihefte die Kritik der Interessenverbände der Vertriebenen in besonderem Maße entzündete. Zunächst hatten die Vertriebenenverbände die Entstehung der Dokumentation begrüßt, doch als nach und nach einzelne Ergebnisse vorgelegt wurden, ließen sie keinen Zweifel daran, das diese nicht mit der eigenen Sicht übereinstimmten. Die Landsmannschaften und Vertriebenenverbände versuchten daher Einfluß auf die Arbeiten an der Dokumentation zu nehmen. Die Wissenschaftliche Kommission setzte sich gegen solche Versuche "politischer Zensur" heftig zur Wehr<sup>147</sup> und wurde dabei auch vom Vertriebenenministerium unterstützt148. Doch die Kritik ebbte nicht ab, wie zum Beispiel die lang anhaltende Auseinandersetzung um den Ungarn-Band zeigte, dem im Rahmen einer von der Landsmannschaft der Ungarndeutschen geförderten Kampagne öffentlich vorgeworfen wurde, er sei "unwissenschaftlich, tendenziös und voller primitiver Unwahrheiten" und "in wesentlichen Punkten nach dem Geschmack der Vertreiber ausgefallen «149. Das als zweites Beiheft veröffentlichte Tagebuch von Margarete Schell wurde im Vertriebenen-Anzeiger als "Tagebuch einer Bevorzugten" diffamiert und in die Nähe kommunistischer Propagandaschriften gerückt. Der Sudetendeutsche Rat beschloß sogar, den Vertriebenenminister aufzufordern, die Publikation aus dem Buchhandel zurückzuziehen<sup>150</sup>. In den Chor der Kritiker reihten sich auch der Präsident des Verbandes der Landsmannschaften und der Vorsitzende des Ostdeutschen Kulturrates ein, die die strenge Wissenschaftlichkeit und Objektivität der Dokumentation in Zweifel zogen<sup>151</sup>. Auf Schieder, der, wie er an Gräfin Dönhoff schrieb, gerade auch von diesen Stellen etwas anderes erwartet hatte, wirkte die Pressekampagne wie geistiger Terror<sup>152</sup>. Abgestimmt mit den anderen Mitgliedern der Wissenschaftli-

Ebenda, N 1188: 5, Schieder an Rothfels, 10. 7. 1958. "Ich muß ganz offen sagen, daß ich die Sache jetzt g\u00e4nzlich satt geworden bin und wegen des geradezu grotesken Ma\u00dfes an Verst\u00e4ndnislo-



Ebenda, Rundschreiben Nr. 57, 1. 7. 1955. Am 6. 7. 1955 war Schieder mit Conze und Rassow bei Minister Oberländer, um den Standpunkt der Wissenschaftlichen Kommission zu der vom Südostdeutschen Rat geforderten Einflußnahme zu erläutern: "Eine politische Zensur irgendwelcher Art kann von uns von keiner Seite angenommen werden." Wie Schieder die Angriffe der Landsmannschaften und Interessenverbände einschätzte, läßt sein Brief an Booms vom 21. 5. 1957 erkennen. "Das ganze Spektakel ist ja nichts weiter als der Versuch, die Volksgruppen aus dem allgemeinen Gericht über die NS-Politik auszunehmen, unter das wir als sogenannte Binnendeutsche uns ja ohne weiteres stellen." Ebenda, N 1188: 41.

<sup>148</sup> So verhinderte z. B. das Vertriebenenministerium, daß der Band von Hans Hartl, Das Schicksal des Deutschtums in Rumänien 1938–1945–1953, Würzburg 1958, vor dem Rumänien-Band der Dokumentation der Vertreibung veröffentlicht wurde.

<sup>&</sup>lt;sup>149</sup> BA Koblenz, N 1228: 111, Rundschreiben Nr. 93, 23. 5. 1957. Dazu aufschlußreich auch der im Privatbesitz von Eckhart Franz befindliche Schriftwechsel mit Vertretern der ungarndeutschen Wissenschaft, und das mit Eckhart Franz am 8. 8. 1997 geführte Interview. Vgl. auch die Rezensionen zum Ungarn-, Rumänien- und Jugoslawienband im Südostdeutschen Archiv 5 (1962), S. 203–229.

<sup>&</sup>lt;sup>150</sup> BA Koblenz, N 1228: 112, Rundschreiben Nr. 118, 10. 7. 1958. Vgl. dazu auch das mit Vincent Kroll am 12. 11. 1997 geführte Interview.

<sup>&</sup>lt;sup>151</sup> BA Koblenz, N 1188: 55, Oberländer an Georg Baron von Manteuffel-Szoege, 5. 8. 1958.

chen Kommission, setzte er sich wissenschaftlich zur Wehr und veröffentlichte 1959 in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte einen Beitrag über "Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem"<sup>153</sup>. In der Einleitung dazu wies Rothfels ausdrücklich auf die versuchte politische Einflußnahme der Verbände auf die Arbeit an der Dokumentation hin. Umgehend meldete sich daraufhin der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen. Er forderte den Herausgeber der Vierteljahrshefte ultimativ auf, die Behauptung einer unzulässigen Einflußnahme zurückzuziehen, ohne daß Rothfels dieser Aufforderung aber nachgekommen wäre<sup>154</sup>.

Daß sich das Erscheinen des Ungarn- und auch des Jugoslawienbandes verzögerte, hatte neben den beschriebenen Gründen auch mit außenpolitischen Ereignissen zu tun. War es bei ersterem der Aufstand von 1956, der das Bundeskanzleramt bewog, die Auslieferung des bereits gedruckten Bandes um ein halbes Jahr zu verschieben<sup>155</sup>, so spielte bei dem zweiten, erst 1961 gedruckten Band das Interesse der Bundesrepublik an guten Beziehungen zu Jugoslawien eine Rolle<sup>156</sup>.

Mit der Etablierung peinlich genau angelegter quellenkritischer Bewertungsmaßstäbe – einmal wurde sogar beim kriminologischen Institut der Universität Köln ein Gutachten zur Bewertung von Schriftproben in Auftrag gegeben<sup>157</sup> –, dem Beharren auf strenger wissenschaftlicher Objektivität auch gegenüber der Kritik der Interessenverbände sowie der Ausweitung des Projektes hin zu einer Gesamtdokumentation des historischen Vorgangs der Vertreibung gelang es Schieder und der Wissenschaftlichen Kommission, aus den anfangs noch vagen, aber dezidiert politischen Plänen des Ministeriums ein inhaltlich und methodisch anspruchsvolles sowie für die fünfziger Jahre innovatives historisches Forschungsprojekt<sup>158</sup> zu machen. Damit konnte den politischen Zielsetzungen des Ministeriums und der Vertriebenenverbände die Spitze genommen werden, ohne aber die politische Wirkung ganz aus den Augen zu verlieren, an der man selbst auch interessiert war. Die "Verwissenschaftlichung" hatte so eine willkommene Entlastungsfunktion. Es war, wie Schieder es formulierte, "eine für uns



sigkeit manchmal zu verzweifeln beginne. Mich tröstet lediglich, daß diese ganzen Dinge nur von einer Minderheit gesteuert werden, die allerdings offenbar weiß, mit welchen Mitteln man geistigen Terror ausübt."

<sup>&</sup>lt;sup>153</sup> Vgl. Theodor Schieder, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem, in: VfZ 8 (1960), S. 1–16.

<sup>154</sup> BA Koblenz, N 1188: 35, Schriftwechsel Rothfels mit Hans Krüger, 7. 6. und 30. 6. 1960.

Ebenda, N 1188:5, Schieder an Rothfels, 3. 11. 1956; ebenda, N 1228:111, Rundschreiben Nr. 81, 26. 11. 1956, Nr. 82, 13. 12. 1956. In Rundschreiben Nr. 83, 3. 1. 1957, heißt es, in einem Schreiben Konrad Adenauers an Theodor Oberländer werde die Publikation des Ungarnbandes als zur Zeit nicht ratsam bezeichnet.

<sup>156</sup> Ebenda, N 1228: 111, Rundschreiben Nr. 78, 17. 7. 1956.

<sup>157</sup> Ebenda, B 150::4194, Heft I: Bericht Schieders vom 22. 1. 1954; ebenda, N 1228:111, Rundschreiben Nr. 38 und 39, 2. 2. und 4. 2. 1954.

<sup>158</sup> Ohne das hier weiter verfolgen zu können, sollen nur einige Stichworte genannt werden: Neu und bahnbrechend war es z. B., soziologische Fragestellungen und Methoden einzubeziehen, auf Typenbildung abzuzielen, Zeugenbefragungen durchzuführen und noch unerschlossene Quellenbestände, die die jüngste deutsche Geschichte betrafen, heranzuziehen und auszuwerten.

Mathias Beer

378

tragbare Basis"<sup>159</sup> gefunden worden. Sie schien einen Ausweg aus der Zwangslage zu bieten, in der sich die Historiker von Anfang an befunden hatten: Einerseits den selbstgesetzten wissenschaftlichen Maßstäben zu genügen und andererseits die von der Politik erwartete und von den Historikern zunächst selbst erstrebte politische Wirkung der Dokumentation zu erzielen. Doch spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre war Schieder und der Wissenschaftlichen Kommission klar, daß dieser Schein trog.

IV.

Mit dem zu einer Gesamtdokumentation des historischen Vorgangs der Vertreibung ausgeweiteten Projekt konnte man das alte Dilemma, daß wissenschaftliche und politische Erwägungen miteinander im Konflikt standen, nicht überwinden. Handelte es sich am Anfang des Projektes eher um ein methodisches Problem, so verwandelte es sich im Laufe der Zeit immer mehr zu einem inhaltlichen. Bei den ersten Bänden über die Gebiete östlich von Oder und Neiße täuschte man sich selbst noch über den Zwiespalt hinweg, indem man, wie Schieder an Gotthold Rhode schrieb, "ein so heißes Eisen" wie den Kriegsbeginn im September 1939 einfach zurückstellte: "Das Problem wird die nötige Berücksichtigung in einem weiteren Band finden müssen, der den Vertreibungsvorgang in einen großen geschichtlichen Rahmen stellen soll. "160 Mit dem gleichen Argument und dem Verweis auf die im ersten Band erläuterten Grundsätze wurde auch den kritischen Rezensionen in ausländischen Zeitschriften begegnet161. Aber spätestens beim zweiten Band, der "Das Schicksal der Deutschen in Ungarn" behandelte, war das nicht mehr möglich. Sollte er mehr als eine Sammlung von Zeugenberichten sein, und dafür hatte sich die Kommission mit Nachdruck gegenüber dem Vertriebenenministerium eingesetzt, weil sie sich davon eine größere politische Wirkung versprach, so mußte historisch weiter zurückgegriffen werden, in diesem Fall bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges, damit die Eigentümlichkeiten dieses Ausweisungsprozesses überhaupt verständlich wurden 162. Und nicht anders war es bei den folgenden Bänden. Die heiklen Minderheitenfragen nach dem Ersten Weltkrieg in den Staaten Ost-Mitteleuropas, das Verhältnis von Nation und Nationalität und die bis dahin tabuisierte Zeit des Nationalsozialismus konnten nicht mehr ausgeklammert werden. Nun kam, wie sich Schieder im Januar 1955 unmißverständlich gegenüber Vertretern des Ministeriums äußerte, "klar die Problematik zum Ausdruck, die in einer öffentlichen Zusammenarbeit zwischen Instanzen liegt, die sich in ihren Zielsetzungen - politischer einerseits, wissenschaftlicher andererseits - so sehr unterscheiden"163.



<sup>159</sup> BA Koblenz, N 1188:5, Bericht vom 25. 10. 1953.

<sup>160</sup> Ebenda, N 1188: 3, Schieder an Gotthold Rhode, 6.3. 1953.

<sup>161</sup> Auf die zahlreichen Rezensionen in der in- und ausländischen Presse und in den Fachzeitschriften kann hier nicht n\u00e4her eingegangen werden.

<sup>162</sup> BA Koblenz, B 150: 4171, Heft 2: Protokoll der Besprechung vom 17. 1. 1955.

<sup>163</sup> Ebenda.

Bei den Länder-Bänden gelang es unter Auswertung eben erst verfügbarer schriftlicher Quellen (die oft auf abenteuerlichem Wege beschafft wurden) noch am ehesten, die beiden Zielsetzungen zu erreichen, weil man es jeweils nur mit einem kleinen Segment der Geschichte des Nationalsozialismus zu tun hatte, d. h. mit der konkreten Auswirkung der nationalsozialistischen Ideologie auf die jeweiligen deutschen Volksgruppen und mit der Besatzungszeit. Man behandelte gleichsam nur die peripheren Ableger des Nationalsozialismus und konnte so einen Bogen um den eigentlichen Kern des Problems machen. Bei dem bereits 1953 geplanten Einleitungsband, welcher das Ereignis der Austreibung der deutschen Bevölkerung in seiner geschichtlichen, völkerrechtlichen und soziologischen Dimension untersuchen und in den Zusammenhang der europäischen und welthistorischen Entwicklung stellen wollte<sup>164</sup>, war dann das heiße Eisen nicht mehr zu umgehen.

Am 22. Juli 1955 legte Schieder der Wissenschaftlichen Kommission zum ersten Mal "einige Gedanken zum Plan des sogenannten Ergebnisbandes"165 vor. Er sprach lieber von einem Voraussetzungsband, sollte er doch "den Gang der geschichtlichen Entwicklung behandeln, die in ihrem letzten Stadium zu der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten geführt hat". Schieder schlug ein breites Panorama vor, das vom Prozeß des "Nationalen Erwachens" im 19. Jahrhundert bis hin zur Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg reichen sollte. Einen besonderen Schwerpunkt wollte Schieder auf den Nationalsozialismus, seine Volkstumspolitik und deren Auswirkungen legen. Mit seinen Gedanken ging Schieder noch weit über das hinaus, was Hans Rothfels plante. Seiner Ansicht nach sollte das gesamte Werk unter der Leitidee der Völkerbewegung in Osteuropa stehen, wobei den Siedlungsverhältnissen, den Minderheitenproblemen, der völkerrechtlichen Problematik sowie dem weltgeschichtlichen Hintergrund besondere Beachtung zu schenken war<sup>166</sup>. Werner Conze lobte den Entwurf Schieders, fand ihn allerdings sehr umfassend und daher schwer zu realisieren. Dennoch sah er darin ein lohnendes Vorhaben, an dem eine umfassende Darstellung und Deutung erprobt werden könnte<sup>167</sup>.

Die Vertreter des Ministeriums begrüßten die umfassende historische Behandlung der Vertreibungsthematik im europäischen Kontext, befürchteten aber, die Publikation könne sich letztendlich als politisches Kuckucksei erweisen. Durch die Einbettung der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa in die europäische Umsiedlungs- und Vertreibungspraxis des späten 19. und des 20. Jahrhunderts entstand in ihren Augen die Gefahr, einen "Entschuldigungszettel" für die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa zu liefern, weil dadurch ihre Einmaligkeit relativiert worden wäre. Die Dokumentation könnte unter diesen Umständen bei kommenden Friedensverhandlungen von der Gegenseite genutzt werden, wodurch genau



<sup>&</sup>lt;sup>164</sup> Ebenda, B 106: 27733, Protokoll der Besprechung vom 28. 2. 1953.

<sup>165</sup> Ebenda, N 1228: 114, 22. 7. 1955, und ebenda, N 1228: 111, Rundschreiben Nr. 59, 19. 7. 1955.

<sup>166</sup> Ebenda, B 106: 27733, Protokoll der Besprechung vom 28. 2. 1953.

<sup>167</sup> Ebenda, N 1188: 4, Conze an Schieder, 30. 7. 1955.

das Gegenteil dessen erreicht würde, was eigentlich mit der Erarbeitung der Dokumentation beabsichtigt war<sup>168</sup>. Man einigte sich deshalb nur darauf, den Band fertigzustellen und dann erst über die Art der Veröffentlichung zu entscheiden. Die Kernfrage war damit vertagt, nicht beantwortet.

Der Ergebnisband bereitete Schieder auch deshalb weiterhin Kummer. "Ich beginne immer mehr", schrieb er an die Mitglieder der Kommission im Rundbrief Nr. 121, "den Argumenten von Herrn Rothfels zuzuneigen, daß eine Veröffentlichung des Bandes im Rahmen der vom Ministerium herausgegebenen Reihe kaum möglich sein würde und daß wir uns auf eine gesonderte Veröffentlichung einrichten müssen"<sup>169</sup>. Er unterbreitete daher dem Ministerium den Vorschlag, den Band in der Regie der Wissenschaftlichen Kommission erscheinen zu lassen, "damit die Professoren vom Leder ziehen könnten und das Ministerium gedeckt sei"<sup>170</sup>. Der Vorstoß aber blieb erfolglos.

Als der Ergebnisband konkretere Formen anzunehmen begann, verstärkte sich der Dissens zwischen Ministerium und Wissenschaftlicher Kommission. Die Schere zwischen politischen Zielen und wissenschaftlichen Maßstäben verpflichteter historischer Forschung wurde größer<sup>171</sup>. Die drei großen Teile des Bandes sollten die geistige Vorgeschichte, die politische Vorgeschichte und den Ablauf der Vertreibung umfassen. Dabei war man sich einig, daß die Judenpolitik des Dritten Reiches nicht ausgespart bleiben konnte. Im Gegenteil, die gesamte Vernichtungs- und Volkstumspolitik mußte berücksichtigt werden. Wichtige Quellenbestände dafür sah man in den Akten des Nürnberger Gerichtshofs, den Dokumenten des Reichskommissariats zur Festigung deutschen Volkstums sowie in den Unterlagen des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen und des Instituts für Zeitgeschichte in München. Als Redaktor des Bandes entschied man sich auf Vorschlag von Peter Rassow für den Schüler von Schieder Kurt Kluxen<sup>172</sup>.

Die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission müssen sich über die politische Tragweite dieses Entwurfs im klaren gewesen sein, denn sie rechneten damit, daß das Ministerium mit einer solchen Konzeption, die einen Zusammenhang zwischen der Rassen- und Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus und der Vertreibung der Deutschen herstellte, nicht einverstanden sein konnte. Deshalb bemühte man sich nach wie vor darum, mit dem Auftraggeber eine vertragliche Lösung zu finden, die eine Veröffentlichung des Bandes unabhängig vom Ministerium ermöglichte. Hans Rothfels schien es bereits in diesem Stadium "nahezu ausgeschlossen, daß irgend ein denkbares Ministerium die Verantwortung darüber übernimmt"<sup>173</sup>. Er sollte Recht behalten.



<sup>168</sup> Ebenda, B 150: 4173, Protokoll der Sitzung vom 7. 3. 1958.

<sup>169</sup> Ebenda, N 1228: 112, Rundbrief Nr. 121, 29. 9. 1958.

Ebenda, B 150: 6530, Protokoll der Besprechung vom 18. 10. 1958.

Dazu und zum Folgenden ebenda, N 1228, Protokoll der Besprechung vom 17. 7. 1956.

<sup>172</sup> Ebenda, N 1213: 158, Schieder an Rothfels, 22. 12. 1955, und ebenda, N 1228: 111, Rundschreiben Nr. 65, 22. 12. 1955.

<sup>173</sup> Ebenda, N 1188: 5, Rothfels an Schieder, 11. 8. 1956.

Bei einer Besprechung mit Vertretern des Ministeriums Ende 1958 war der Ergebnisband ein wichtiger Diskussionspunkt<sup>174</sup>. Man einigte sich zwar auf den Titel "Die Vertreibung der Deutschen als internationales Problem", die entscheidende Frage blieb aber wieder unbeantwortet. Rothfels meinte, bei einer ausführlichen Betrachtung der Vorgeschichte würden "politische Schwierigkeiten auftreten und es müßten auch peinliche Vorgänge zur Sprache kommen". Aber diese Problematik könne man nicht übergehen, sie bedürfe einer gründlichen Darstellung. Die Vertreter des Ministeriums trugen dann den Vorschlag des Staatssekretärs und des Ministers vor, im Auftrag des Ministeriums einen "rein konstatierenden Ergebnisband erscheinen zu lassen" und "daneben eine kritische Ausgabe" zu publizieren, die eventuell von der Wissenschaftlichen Kommission verantwortet werden könnte. Der Vorschlag wurde von der Wissenschaftlichen Kommission abgelehnt. Sie beharrte vielmehr auf der Herausgabe eines Bandes in eigener Regie, denn "es sei nicht zu leugnen, daß aus der Tatsache, daß das Ministerium als Herausgeber erscheine, über die mit der Dokumentation verbundenen wissenschaftlichen und politischen Aufgaben, über die Ministerium und Kommission einer Auffassung seien, vor allem im Ausland Mißverständnisse entstehen könnten"<sup>175</sup>. Für eine solche Argumentation sprachen auch die kritischen Stimmen zu der bereits in englischer Sprache erschienenen gekürzten Ausgabe der ersten Bände.

Zum schwelenden Grundsatzkonflikt zwischen Ministerium und Wissenschaftlicher Kommission kam ein weiteres wissenschaftsinternes Problem hinzu, das drei Seiten hatte und die Kommission gerade im Hinblick auf den Ereignisband vor neue Fragen stellte. Erstens rückte seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in der Forschung zunehmend die Zeit des Nationalsozialismus in den Mittelpunkt<sup>176</sup>. Gegenüber dem Ministerium meinte Schieder, "das Vertreibungsproblem in der ganzen Welt [sei] in einer Weise fortgeschritten, die uns zu einer ständigen Berücksichtigung und Auswertung der Probleme und Ergebnisse dieser Auseinandersetzung zwingt"177. Plötzlich waren Projekte da, die sich mit dem Inhalt und der Zielsetzung des Ergebnisbandes überschnitten. Schon 1957 erfuhr Schieder bei einem Besuch im Institut für Zeitgeschichte in München, daß dort geplant war, in allernächster Zeit die deutsche Besatzungspolitik in den einzelnen europäischen Ländern zu untersuchen. Besondere Aufmerksamkeit wollte man dabei Fragen der Nationalitäten- und Volkstumspolitik widmen<sup>178</sup>. Hinzu kamen bedeutsame amerikanische Untersuchun-



<sup>&</sup>lt;sup>174</sup> Ebenda, N 1228: 112, Protokoll der Besprechung vom 6. 12. 1958.

<sup>&</sup>lt;sup>175</sup> Ebenda, N 1228: 115, Protokoll der Besprechung vom 7. 3. 1960.

<sup>176</sup> Vgl. Hermann Graml, Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Martin Broszat, München 1990, S. 169-183.

<sup>177</sup> BA Koblenz, B 150:4173, Schieder an den zuständigen Beamten im Vertriebenenministerium, von Schlicker, 25. 9. 1957.

<sup>178</sup> Ebenda, N 1228: 111, Protokoll der Besprechung vom 26. 1. 1957, das Schieder mit dem Rundschreiben Nr. 86 am 11. 2. 1957 an die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission verschick-

gen, die zum Teil auf den in die USA verbrachten NS-Akten fußten. Zweitens stand man beim Ergebnisband anders als in der Anfangsphase des Projektes, in der man sich kaum auf schriftliche Überlieferungen stützen konnte, vor einem unüberschaubaren Berg von Akten, die, wollte man dem selbstgestellten großen Ziel gerecht werden, hätten durchgearbeitet werden müssen. Allein für die "Bevölkerungsmanipulationen in den eroberten Ostgebieten", wie eines der Kapitel des Ergebnisbandes betitelt war, wies Martin Broszat auf eine "ungeheure Aktenfülle" hin. Als Beispiel führte er die 40 Bände zu je rund 400 Seiten des Tagebuchs des ehemaligen Generalgouverneurs im besetzten Polen, Hans Frank, an<sup>179</sup>. Deshalb zeichnete sich bald ab, daß, anders als bei den vorhergehenden Bänden, wesentliche Teile des Ergebnisbandes nicht auf "primären Quellen" beruhen konnten<sup>180</sup>. Drittens wurde spätestens bei der Vorlage der ersten Kapitel deutlich, daß die zuständigen Mitarbeiter des Arbeitsstabes bei dem geplanten großen Wurf, der der Ereignisband ja sein sollte, an ihre Grenzen gekommen waren. "Ich habe befürchtet", schrieb Rothfels Anfang 1960 an Schieder, "daß dieser Band in hohem Maße auf Sie zukommen wird und daß wir mit viel längeren Fristen, also mehreren Redaktionsstadien, werden rechnen müssen." Später meinte er, nur Conze, Schieder oder er selbst wären dem Thema gewachsen gewesen<sup>181</sup>.

All diese Gründe trugen mit dazu bei, daß beim offiziellen Abschluß des Projektes weit über tausend Manuskriptseiten des Ergebnisbandes vorhanden waren, aber kein druckfertiger Band vorlag und auch keine Brücke zwischen der Auffassung des Ministeriums und der Wissenschaftlichen Kommission geschlagen war. Nach wie vor versuchten die Historiker, die politischen Bedenken des Ministeriums auszuräumen, jetzt allerdings mit einer neuen Interpretation der alten Fakten. Dem Wandel des eigenen Standpunktes und den veränderten gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik der späten fünfziger Jahre entsprechend, argumentierte Schieder nun, es sei eine politisch nützliche Arbeit, "wenn wir das Geschehen aus seinen historischen Gründen und in mancher Hinsicht auch als Reaktion auf die NS-Politik zu verstehen suchten. Der Versuch einer Klärung der Hintergründe und Zusammenhänge, die schließlich zur Vertreibung geführt haben, sei zweifellos notwendig und ebenso nützlich im Interesse der Politik der Bundesregierung, die ja auch die Aufhellung der NS-Politik unterstütze. "182 Das Ministerium, dessen Staatssekretär noch am 22. Juni 1960 vor dem Bundestag versicherte, der Ergebnisband werde bald erscheinen<sup>183</sup>, bestand demgegenüber darauf, daß die Wissenschaftliche Kommission ihren eingegangenen Verpflichtungen nachkomme, und hätte sich auch



Ebenda, N 1228: 112, Protokoll der Besprechung vom 13. 10. 1959. Schon am 11. 8. 1956 hatte Rothfels an Schieder geschrieben: "Wenn wir die ganze Ausweisungspolitik ernsthaft und grundsätzlich aufnehmen wollen, wird man an diesen Quellen [der nationalsozialistischen Zeit] nicht vorübergehen können." Ebenda, N 1188: 5.

<sup>180</sup> Ebenda, N 1228: 112, Protokoll der Besprechung vom 3. und 4. 10. 1960.

<sup>181</sup> Ebenda, N 1188: 5, Rothfels an Schieder, 6. 1. 1960, und ebenda, N 1213: 77, 18. 2. 1963.

<sup>182</sup> Ebenda, B 150: 6530, Protokoll der Besprechung vom 29. 7. 1961.

<sup>&</sup>lt;sup>183</sup> Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, 118. Sitzung, 22. 6. 1960, S. 6795.

mit einer symbolischen Paraphrase der Paraphrasen, d. h. einer Zusammenfassung der Einleitungen der erschienenen fünf Bände, zufriedengegeben<sup>184</sup>. Darauf konnte und wollte sich die Kommission aber nicht einlassen, so daß man wieder bei der alten Frage landete, "wie weit sich das Bedürfnis der Bundesregierung nach einer orientierenden Gesamtdarstellung, die bei politischen Verhandlungen verwandt werden kann, und das Bedürfnis der Wissenschaft nach uneingeschränkter Erörterung aller Probleme in Einklang bringen lassen"<sup>185</sup>.

Nachdem er ernsthaft erwogen hatte, von einer Veröffentlichung des Bandes ganz abzusehen, bot Schieder als Kompromiß an, nur einen Teil der vorliegenden Abschnitte nach vorheriger Überarbeitung zu publizieren. Dabei handelte es sich um die Darstellung der tatsächlichen Vertreibungs- und Umsiedlungsvorgänge, wobei die ideologische Vorbereitung ausgespart blieb. "Damit", so Schieder, "retten wir noch ein gutes Stück unserer ursprünglichen Konzeption, indem wir auch die nationalsozialistischen Maßnahmen im Zweiten Weltkrieg einschließen."186 Die Kommission stimmte dem Vorschlag zu, nicht aber Staatssekretär Peter Paul Nahm<sup>187</sup>, der sich die vorliegenden Teile des Ergebnisbandes vorgenommen hatte. Einzelne Themen gehörten seiner Meinung nach nicht unbedingt in den Band, zudem lasse manche Darstellung die Vertreibung als eine Fortsetzung "ethnischer Flurbereinigungen" erscheinen und erwecke das Bild einer gewissen Einseitigkeit. Weil die Veröffentlichung, so seine überspitzte Formulierung, den "politischen Selbstmord" für das Ministerium bedeuten würde, lehnte er eine Publikation durch das Ministerium in dieser Form ab<sup>188</sup>. Nahm, der durch verbindliche Aussagen über den Erscheinungstermin des Bandes vor dem Haushaltsausschuß und dem Bundestag gebunden war, bestand dennoch gegenüber Schieder darauf, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen 189.

Eine bemerkenswerte Lösung schien sich Ende 1963 anzubahnen, als Rothfels sich auf Bitten Schieders, der von Nahm massiv unter Druck gesetzt worden war<sup>190</sup>, einschaltete<sup>191</sup>. In einem mit Schieder abgestimmten Brief an den Staatssekretär räumte



<sup>&</sup>lt;sup>184</sup> BA Koblenz, N 1213:77, Rundschreiben Nr. 169, 30. 7. 1962.

<sup>185</sup> Ebenda, N 1213: 77, Schieder an Peter Paul Nahm, 13. 3. 1963.

<sup>186</sup> Ebenda, Rundschreiben Nr. 171, 18.3. 1963.

<sup>&</sup>lt;sup>187</sup> Zu Nahm vgl. Wengst, Staatsaufbau, S. 262; Rolf Messerschmidt, Wie können wir die Flüchtlinge zu Bürgern machen? Der Eingliederungsauftrag und seine Umsetzung in Hessen, in: Sylvia Schraut/Thomas Grosser (Firsg.), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, S. 241–260.

<sup>188</sup> BA Koblenz, N 1188: 219, Aktenvermerk über die Besprechung vom 1. 8. 1963. Die Formulierung "politischer Selbstmord" reklamierte Theodor Schieder für sich.

<sup>189</sup> Ebenda, N 1188: 77, Nahm an Schieder, 6. 3. 1963.

Ebenda, N 1213: 32, Schieder an Rothfels, 13. 2. 1963: "Nichts bedrückt mich in diesen Wochen so sehr, wie die völlige Unmöglichkeit, daß ich dieser Angelegenheit [Ergebnisband] eine auch nur irgendwie ausreichende Aufmerksamkeit widmen kann. Herr Schlicker [zuständiger Beamter im Bundesvertriebenenministerium] drängt aber in einer Weise, die mich geradezu zur Verzweiflung bringt." Vgl. auch ebenda, N 1213: 77, 21. 2. 1963, und N 1188: 77, Schieder an Schlicker und Nahm an Schieder, 6. 3. 1963.

<sup>191</sup> Auch in anderen, vergleichbaren Situationen, in denen Theodor Schieder keinen Ausweg wußte,

Rothfels ein, daß das Werk letztendlich ein Fragment mit sehr guten Seiten und auch schwachen Punkten geblieben sei<sup>192</sup>. Der Kommission sei erst im Laufe der Arbeit klar geworden, welch umfangreiche Forschungen besonders archivalischer Art für das ihr vorschwebende Werk noch zu leisten waren. Wichtig sei ihr, daß "das Gesamtproblem der Verfügung über Menschen und ihrer Lösung vom Heimatboden zur Darstellung komme, wobei die der Austreibung vorhergehende Phase nationalsozialistischer Volkstums- und Um- und Aussiedlungspolitik in ihrem vollen Gewicht zur Darstellung kommen müsse. Das ist für die Mitglieder eine conditio sine qua non." Dabei gehe es nicht um den Versuch, die Austreibung zu rechtfertigen oder ein Kausalverhältnis zwischen Hitlers Ostpolitik und der Vertreibung herzustellen; es bestehe aber ein nicht zu übersehender historischer Zusammenhang, der nicht ohne grobe Einseitigkeit vernachläßigt werden könne. Um die vorhandenen Lücken zu schließen und den Schlußband, wie er ihn bezeichnete, fertigzustellen, schlug Rothfels in Absprache mit Schieder und Conze den ihrem Königsberger Forschungskreis angehörenden Gerhard Wolfrum vor. Weder in der Biographie Wolfrums, der 1940 als SS-Angehöriger in einem Evakuierungskommando tätig gewesen war, das die Rückführung der Wolhynien-, der Bessarabien- und der Bukowinadeutschen durchgeführt hatte<sup>193</sup>, noch in dem Umstand, daß Wolfrum, der zunächst als persönlicher Referent des Ministers gearbeitet hatte und jetzt die Stelle eines Referenten im Vertriebenenministerium innehatte<sup>194</sup>, sah Rothfels "eine Beeinträchtigung des Prinzips unbedingter wissenschaftlicher Unabhängigkeit", an dem festzuhalten ihm sehr viel lag. Wolfrum sollte ja, so Rothfels, als Historiker, nicht als Beamter für die Arbeit freigestellt werden 195.

Sowohl während der Zeit als er persönlicher Referent des Bundesvertriebenenministers Theodor Oberländer war, als auch als späterer Referatsleiter im gleichen Ministerium wurde Wolfrum immer wieder von Mitgliedern des Arbeitsstabes als "Zeitzeuge" befragt. Am 20. 9. 1956 wandte sich Schieder dienstlich an Oberländer mit der Bitte, Wolfrum für einen Tag zu beurlauben, weil authentische Berichte zur Umsiedlung der Bessarabiendeutschen fehlten und Wolfrum an dieser



kam Hans Rothfels der Bitte, ihm behilflich zu sein, großzügig nach. Als z. B. Theodor Oberländer wegen seiner NS-Vergangenheit in die Schußlinie der Presse geraten war, bat Schieder Rothfels, die ganze "politische Diskussion" dadurch in ein ruhigeres Fahrwasser zu lenken, indem Rothfels aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen in Königsberg dazu Stellung bezog. Rothfels kam der Bitte umgehend nach. Sein Leserbrief erschien in der "Zeit" am 12. 2. 1960. Vgl. dazu BA Koblenz, N 1213: 3, Gustav Giere an Rothfels, 1. 2. 1960, und ebenda, N 1188: 5, Schieder an Rothfels, 5. 2. 1960.

<sup>192</sup> Ebenda, Rothfels an Nahm, 11. 12. 1963; ebenda, Schieder an Rothfels, 23. 12. 1963.

<sup>&</sup>lt;sup>193</sup> Vgl. dazu Der Zug der Volksdeutschen aus Bessarabien und dem Nord-Buchenland. Mit einem Geleitwort von SS-Obergruppenführer Werner Lorenz und mit einer Einführung von Dr. Gerhard Wolfrum, Berlin 1942; Heinz Seraphim/Reinhart Maurach/Gerhard Wolfrum, Ostwärts der Oder und Neiße. Tatsachen aus Geschichte – Wirtschaft – Recht, Hannover 1949. Rothfels griff mit Gerhard Wolfrum einen Personalvorschlag auf – "Wolfrum käme in Frage", "Wolfrum für Ergebnisband geeignet" –, der bereits 1955 genannt worden war, als es darum ging, für den Ergebnisband einen geeigneten Redaktor zu finden. BA Koblenz, N 1188: 4, Briefwechsel Schieder mit Conze.

Ebenda, N 1188: 76, Schieder an Nahm, 14. 12. 1954. Dabei handelt es sich um ein Gutachten, das Theodor Schieder auf Anfrage von Nahm für die Verbeamtung Wolfrums erstellt hatte.

Staatssekretär Nahm, von Haus aus selbst Historiker, empfand den Ende 1963 eintreffenden Vorschlag Rothfels' als ein Weihnachtsgeschenk. Er bejahte die Leitlinien und Grenzen, die Rothfels für den Schlußband gezogen hatte. Zugleich wies er darauf hin, daß er nicht der Meinung sei, "daß sich die Historie aus der Politik zu abstrahieren vermag. Aber zwischen enthalten und dienstbar sein, ist ein Unterschied."196 Doch auch dieses Arrangement auf einem ebenso schmalen wie gefährlichen Pfad brachte letztendlich nicht die beiderseits erhoffte Lösung. Der Schlußband, der deutliche Spuren im späten Werk Schieders hinterlassen hat 197, ist nicht mehr erschienen. Der krönende Abschluß kam nicht mehr zustande. Die Dokumentation blieb ein Torso 198, weil auch der letzte Rettungsversuch scheiterte: Der Plan Nahms, auf der Grundlage der vorhandenen Teile eine eigene Fassung des Ergebnisbandes zu erarbeiten 199, wurde von ihm 1969 aufgegeben.

V.

Bei der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" handelt es sich um ein von der Forschung bisher unterschätztes, sowohl inhaltlich und methodisch als auch arbeitstechnisch innovatives historisches Großforschungsprojekt der fünfziger Jahre. In ihm wurden wesentliche der 1953 von Hans Rothfels der Zeitgeschichte gestellten Aufgaben<sup>200</sup> praktisch angepackt. Zum ersten Mal bildeten fast ausschließlich Zeitzeugenberichte die Grundlage für ein so umfangreiches Forschungsvorhaben. Gestützt auf die historische Methode, wurde ein mehrere Stufen umfassendes Verfahren zur quellenkritischen Überprüfung von Zeugenberichten entwickelt. Dabei erkannte man auch die Grenzen dieser Quellengattung. Nur durch die Kombination von Berichten und Aktenüberlieferung gelang es, die fundierten historischen Einleitungen zu den einzelnen Bänden zu schreiben. Die Dokumentation ist auch Ausdruck der von Schieder schon früh vertretenen Forderung nach einer



Umsiedlung teilgenommen habe. Ebenda, N 1188: 71. Wolfrum wurde auch um Rat gefragt, wenn es darum ging, Strukturen und Personen der Volksdeutschen Mittelstelle (Vomi) zu bestimmen. Vgl. dazu ebenda, N 1188: 5, Schieder an Rothfels, 29. 5. 1958; Privatarchiv Eckhart Franz, Briefwechsel mit Heinrich Smikalla, 27. 5. und 31. 5. 1957.

<sup>196</sup> BA Koblenz, N 1188: 5, Nahm an Rothfels, 20. 12. 1963.

<sup>199</sup> Theodor Schieder, Europa im Zeitalter der Weltmächte, in: Ders., Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7/1, Stuttgart 1979, bes. S. 1–18 (Bevölkerung und Bevölkerungsbewegungen in der Ära der Weltkriege).

Den Begriff verwendete Theodor Schieder selbst. Im Rundschreiben Nr. 170 an die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission deutete er an, sich u. U. vorstellen zu können, die einigermaßen abgeschlossenen Teile des Ergebnisbandes unter dem Namen der Bearbeiter zu veröffentlichen. "In der Vorbemerkung müßte eine Begründung für den Torsocharakter gegeben werden." Diese Teile wurden auch abgeliefert, aber nicht veröffentlicht. BA Koblenz, N 1213:77, 8.3. 1963. Der größte Teil davon befindet sich im Privatarchiv von Kurt Kluxen.

<sup>199</sup> BA Koblenz, N 1213: 36, Schieder an Rothfels, 25. 11. 1965.

<sup>200</sup> Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S. 1-8.

Annäherung der Geschichtswissenschaft an die Sozialwissenschaften. Nur mit Hilfe typologisierender Methoden war es möglich, aus Einzelberichten eine umfassende Dokumentation der Vertreibung zu erarbeiten. Der bleibende Wert der Dokumentation liegt zunächst einmal in der Quellenedition<sup>201</sup>, die zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel bei der Beantwortung von Fragen geworden ist, die die Bevölkerungsverschiebungen während und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges betreffen. Darüber hinaus liefern die Einleitungen eine erste wissenschaftliche Bilanz, die lange Zeit unübertroffen blieb. Die Dokumentation behandelte Themen und stellte Fragen, die in der deutschen Zeitgeschichte erst Ende der achtziger Jahre (wieder) aktuell geworden sind<sup>202</sup>. Das im Ergebnisband angestrebte breite Panorama, das unter der Leitidee der Völkerbewegungen in der Neuzeit Europas stehen sollte, ist, trotz einzelner neuer Ansätze, bis heute ein Desiderat der historischen Forschung geblieben. Die wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung des Forschungsprojektes und seiner veröffentlichten Ergebnisse erschöpft sich darin aber nicht.

Die Dokumentation der Vertreibung ist eine zeitspezifische wissenschaftliche Antwort auf die tiefgreifenden Veränderungen, welche die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges einleitete. Zunächst galt es, Flucht, Evakuierung und Vertreibung von Millionen von Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wissenschaftlich und politisch einzuordnen – "damit das unsagbare Leid unserer Generation nicht ganz sinnlos bleibt"<sup>203</sup>. Die Grundsätze, von denen man sich dabei leiten ließ, waren alt. Sie stammten aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als der Kampf gegen Versailles ein zentrales Thema der Politik und auch der Geschichtswissenschaft bildete. Der Gleichschritt von Politik und Geschichtswissenschaft, wie er sich damals herausbildete, hatte weit über das Jahr 1945 hinaus Bestand. Mit dem im "Kampf gegen Versailles" entwickelten und erprobten wissenschaftlichen Instrumentarium nahm man jetzt den "Kampf gegen Potsdam" auf. Schieder selbst sah eine "gewisse Parallelität" zwischen manchen Publikationen nach dem Ersten Weltkrieg und der Dokumentation der Vertreibung, insbesondere angesichts der politischen Bedeutung, die ihnen zukam<sup>204</sup>.

In dieser Hinsicht ist die Dokumentation der Vertreibung ein bezeichnendes Beispiel für die bemerkenswerte Kontinuität einer politisierten und staatstragenden Ge-



Die in den einzelnen Bänden veröffentlichten Einzelberichte stellen nur einen Bruchteil des gesamten im Rahmen der Dokumentation der Vertreibung und darüber hinaus vom Bundesarchiv gesammelten Materials dar. Es bildet im Bundesarchiv den Bestand "Ostdokumentation" und wird im Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth gelagert. Zur "Ostdokumentation" vgl. Bericht des Bundesarchivs, Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948, S. 101–111 (vgl. Anm. 3).

<sup>&</sup>lt;sup>202</sup> Gertrud Krallert-Sattler, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und der Schweiz, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung in Zusammenarbeit mit dem Sudetendeutschen Archiv und der AWR-Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem, Wien 1989, bes. S. 1–89.

<sup>&</sup>lt;sup>203</sup> Dokumentation der Vertreibung, Bd. I, 1, S. VII.

<sup>&</sup>lt;sup>204</sup> Schieder, Die Vertreibung, S. 5.

schichtswissenschaft zwischen der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik<sup>205</sup> – einer Kontinuität, die sowohl in inhaltlicher als auch in methodischer und personeller Hinsicht bestand. Die wichtigsten Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission hatten bereits in den dreißiger Jahren Erfahrung in vergleichbaren Projekten gesammelt. Es spricht deshalb manches dafür, daß die Anfänge der modernen deutschen Zeitgeschichtsforschung in der Zwischenkriegszeit liegen. Insofern ist die Dokumentation der Vertreibung ein wichtiges Bindeglied zwischen der historischen Forschung in der Zwischenkriegszeit und der Geschichtswissenschaft in der Zeit nach 1945.

Von den sie bestimmenden Grundgedanken und ihrer Anlage nach war die Dokumentation der Vertreibung nicht Selbstzweck, nicht irgendein historisches Forschungsvorhaben, sondern ein wissenschaftlich abgesichertes politisches Projekt mit einer doppelten Zielrichtung. Mit Blick auf die Außenpolitik sollte es einen Beitrag zur deutschen Schuldrelativierung und damit der Schuldminimierung leisten. Mit strenger wissenschaftlicher Objektivität und der ausschließlichen Konzentration auf das Vertreibungsgeschehen glaubte man den völkerrechtlichen Prozeß und damit auch den Friedensvertrag beeinflussen zu können. Zugleich hatte das Vorhaben auch eine innenpolitische Funktion. Es sollte, indem es die jüngste Geschichte der durch die Vertreibung entwurzelten Neubürger aufgriff, deren Eingliederung in die sich neu formierende bundesrepublikanische Gesellschaft unterstützen. Mit dieser Doppelfunktion ist die Dokumentation der Vertreibung Ausdruck jener die fünfziger Jahre bestimmenden gesellschaftlichen Integrationsideologie, die eine wesentliche Legitimation im ausgeprägten Antikommunismus hatte. Die Zeitgeschichte und ihre prominenten Protagonisten stützten sie zunächst und trugen wesentlich zur wissenschaftlichen Untermauerung dieser Ideologie bei.

Das ist freilich nur die eine Seite. Innerhalb der Wissenschaftlichen Kommission kamen bereits bei den beiden ersten Bänden Zweifel auf, ob sich das Vertreibungsgeschehen von seiner Vorgeschichte trennen lasse; diese Zweifel verstärkten sich in der Folgezeit. Es wurde immer deutlicher, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa im Kontext der vom übersteigerten deutschen Nationalismus angestrebten Schaffung eines ethnisch reinen Nationalstaats stand, zu dem auch die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik gehörte. Spätestens beim Ergebnisband, in welchem die Genesis des Umsiedlungs- und Vertreibungsgedankens und seine konkrete Ausformung im Kontext der europäischen Geschichte des späten 19. und des 20. Jahrhunderts thematisiert werden sollten, erwies sich die deutsche Geschichte und damit auch das behandelte Thema als unteilbar. Aber mit dieser Erkenntnis ließ sich der ursprünglich eingeplante völkerrechtliche Prozeß nicht mehr führen. Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa war politisch nicht mehr instrumentalisierbar. Das lange Zeit für möglich gehaltene Zusammenspiel von Wissen-



Vgl. dazu Karen Schönwälder, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M./New York 1992; Winfried Schulze, German Historiography from the 1930s to the 1950s, in: Klemperer/Horn Melton (Hrsg.), Paths of Continuity, S. 19-42.

schaft und Politik stellte sich als das Trugbild heraus, das es von Anfang an war. Dieses erkannt und darauf gedrängt zu haben, daß im Ergebnisband daraus auch die notwendigen Konsequenzen gezogen werden sollten, ist ein wesentliches Verdienst der Wissenschaftlichen Kommission. Deshalb kann mit Blick auf die deutsche Zeitgeschichte der fünfziger Jahre auch nicht pauschal von einer kollektiven Erinnerungsverweigerung und Schuldabwehr gesprochen werden. Vielmehr war anfangs, politisch und durch wissenschaftsgeschichtliche Traditionen bedingt, eine selektive Erinnerung wirksam, die sich dann aber seit der Mitte der fünfziger Jahre gleichsam zu weiten begann und damit auch die ganze jüngere deutsche Geschichte mit einbezog. Dieser Prozeß mündete in die von Schieder offen ausgesprochene Erkenntnis, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa im Kontext der seit dem 19. Jahrhundert in Europa praktizierten, einem überspitzten Nationalstaatsgedanken entsprungenen Bevölkerungsumsiedlungen, einschließlich der nationalsozialistischen Umsiedlungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik, zu sehen ist und in mancher Hinsicht eine Reaktion auf die NS-Politik darstellt. Mit der Abkehr von einem historischen Denken, das von überspitzten nationalpolitischen Kategorien geprägt war, konnte es im Ergebnisband nicht mehr um Schuldabwehr, sondern um das Aufzeigen der ideologischen Ursprünge dieser Fehlentwicklung und der Wege, wie sie in der Gegenwart zu überwinden waren, gehen.

Trotz dieses bemerkenswerten Wandels vermochten es die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission, allen voran Theodor Schieder und Hans Rothfels nicht, daraus eindeutige Konsequenzen zu ziehen. So kamen sie aus der Zwangslage<sup>206</sup>, in welche sie die Erkenntnisse ihrer zeitgeschichtlichen Forschungen und die mit dem Vorhaben ursprünglich verbundenen politischen Ziele gebracht hatten, nicht heraus. Sie blieben der von ihnen selbst mitgeschaffenen Integrationsideologie verhaftet, obwohl sie ihre Schwächen und Grenzen am eigenen Forschungsgegenstand erkannten und obwohl sie wußten, daß die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre über sie hinweggegangen war<sup>207</sup>. Zwar ließ man sich von der Politik nicht mehr in Dienst nehmen, was anfangs angesichts des bestehenden weitgehenden Konsenses auch gar nicht notwendig gewesen war, aber man legte sich im entscheidenden Moment Zurückhaltung, Schweigen

Diesen Wandel veranschaulicht ein Brief Schieders an Rothfels von Anfang 1960, in dem die von den Medien thematisierte NS-Vergangenheit ihres gemeinsamen Bekannten Gerhard Wolfrum besprochen wird: "Ich weiß im Augenblick nicht recht, was man hier am besten machen sollte. Jedenfalls mache ich mir jetzt nachträglich Vorwürfe, daß ich seinerzeit Wolfrum nicht genügend deutlich abgeraten habe, nach Bonn zu gehen. Aber seltsamerweise war dies unter den Umständen von 1953 leichter als der Weg an die Universität – und zwar aus Gründen, die ihm jetzt zum Vorwurf gemacht werden." In: Ebenda, N 1188: 5, 5, 2, 1960.



Diese Zwangslage macht auch das Verhältnis Theodor Schieders zum Göttinger Arbeitskreis deutlich. "Trotz stärkster Distanz zu dem ganzen Unternehmen", die sich im Laufe der fünfziger Jahre immer deutlicher entwickelte, vermied er es, seine Beziehung zum Arbeitskreis durch den erwogenen Austritt zu dramatisieren. Zu sehr fühlte er sich dem Arbeitskreis verpflichtet, der ihm in den Jahren 1946 und 1947 "in sehr großzügiger Weise geholfen hatte". BA Koblenz, N 1213: 3, Schieder an Rothfels, 9. 12. 1960.

auf. Aus der Erkenntnis, daß sich politischer Zweck und politische Wirkung der Dokumentation verändert hatten, wurden nicht die wissenschaftlichen Konsequenzen gezogen – mit der Folge, daß der Ergebnisband nicht mehr erschien.

Bei dieser Zurückhaltung spielten insbesondere die prägenden Erfahrungen eine Rolle, die ein Großteil der Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission in der Zwischen- und Kriegszeit in Königsberg und im Rahmen der Volksgeschichte gemacht hatten<sup>208</sup>. Eindrücklich hat das Schieder rückblickend geschildert: "Von Tag zu Tag spüre ich mehr, ein wie unverlierbares seelisches Gut die ostdeutschen Jahre gewesen sind. Hier sind Kräfte in einem gewachsen, die ein ganz anderes Verhältnis zu Zeit und Welt begründen. "209 Für einen Großteil der Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission war die Dokumentation der Vertreibung zugleich eine Begegnung "mit sich selbst in der Geschichte, für die im Prinzip die zeitliche Entfernung keine Schranke bildet "210. Man wurde, als man das Prozeßhafte des Vertreibungsgeschehens und seinen Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Volkstums- und Vernichtungspolitik vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung zu sehen begann, buchstäblich von der eigenen Vergangenheit eingeholt. Und dies erschwerte, wie Schieder Mitte der sechziger Jahre bekannte, "noch heute die innere Auseinandersetzung mit jenem Stück Zeitgeschichte, auf dem unser ganzes heutiges Schicksal beruht"211.

Dies gilt freilich nicht (oder in einem sehr viel geringeren Maße) für die jüngere Generation der an dem Forschungsprojekt beteiligten Historiker. In einem Gespräch mit Vertretern des Ministeriums stellte Schieder es im August 1958 als eine Tatsache hin, daß die Meinung der jungen Wissenschaftler erheblich von jener der älteren abweiche<sup>212</sup>. Die zu Beginn der fünfziger Jahre gegebene Konformität von Politik und Zeitgeschichte wurde während der Arbeiten an der Dokumentation in Frage gestellt und dann gerade auch von einer Reihe von Historikern durchbrochen, die in der wissenschaftlichen Arbeit an der Dokumentation historisch geschult worden sind. Vor diesem Hintergrund ist die Dokumentation der Vertreibung als Bindeglied zwischen der alten Schule der Zeitgeschichte, die noch stark nationalpolitischen Zielen verpflichtet war, und einer modernen, sozialgeschichtlich ausgerichteten Zeitgeschichtsforschung anzusehen, die gerade dort ansetzte, wo die Dokumentation der Vertreibung an ihre Grenzen gestoßen war: Bei der Erforschung der Voraussetzungen, der Geschichte und der Nachwirkungen des Nationalsozialismus im Kontext der modernen europäischen Geschichte.



Werner Conze, Die Königsberger Jahre, in: Hillgruber (Hrsg.), Vom Beruf des Historikers, S. 23-32; Hans Rothfels, Die Geschichtswissenschaft in den 30er Jahren, in: Andreas Flitner (Hrsg.), Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen, Tübingen 1965, S. 90-107; Haar, "Revisionistische" Historiker.

<sup>&</sup>lt;sup>209</sup> GStAPK, XX HA, Rep. 99 c, Nr. 59, 22. 1. 1946: Theodor Schieder an Friedrich Hoffmann.

<sup>210</sup> Hans Rothfels, Die Zeit, die dem Historiker zu nahe liegt, in: Festschrift für Hermann Heimpel, S. 28-35, Zitat S. 30.

<sup>&</sup>lt;sup>211</sup> Theodor Schieder, Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung, München/Wien 1965, S. 31.

<sup>&</sup>lt;sup>212</sup> BA Koblenz, N 1188: 219, Aktenvermerk vom 1. 8. 1963.